

## INHALTSVERZEICHNIS PRESSEMAPPE

### JAKO-O Bildungsstudie regional in Baden-Württemberg

#### 1 **Presse-Information**

Eltern fordern mehr Lehrerstellen für Flüchtlingskinder

#### 2 **Studie**

2.1 Methodische Anlage der Studie

2.2 Grafiksatz Studienergebnisse

#### 3 **Analyse**

3.1 Schulpolitische Konsequenzen des Regierungswechsels in Baden-Württemberg  
(Klaus-Peter Schöppner, Mentefactum GmbH)

3.2 Mehr Unterstützung als Gegenwind für die grün-rote Bildungspolitik aus  
Elternsicht (Prof. em. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann, Universität Bielefeld)

3.3 Wie denken Eltern über unser Bildungssystem? – Von der Heuristik zur Empirie  
(Dr. Carsten T. Rees, Landeselternbeirat BW)

#### 4 **Kommentare zur JAKO-O Bildungsstudie regional in BW**

4.1 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) - Landesverband BW (GEW)

4.2 Verband Bildung und Erziehung e.V. (VBE) - Landesverband BW

#### 5 **Lebensläufe**

5.1 Klaus-Peter Schöppner, Mentefactum GmbH

5.2 Prof. em. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann, Fakultät für Erziehungswissenschaft,  
Universität Bielefeld

5.3 Dr. Carsten T. Rees, Landeselternbeirat Baden-Württemberg

#### 6 **Informationen zur Jako-o GmbH**

#### 7 **Bildmaterial**

7.1 Infografik

7.2 Einzelgrafiken Studienergebnisse (nur auf USB-Stick)

7.3 Porträts Referenten Pressekonferenz (nur auf USB-Stick)

7.4 Logos (nur auf USB-Stick)

Jako-o GmbH  
*Kindersachen mit Köpfchen!*  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach

*Presse-Kontakt:*  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de

## PRESSE-INFORMATION

### **Eltern fordern mehr Lehrerstellen für Flüchtlingskinder** JAKO-O Bildungsstudie regional in Baden-Württemberg

*Stuttgart, 29. Februar 2016. Statt, wie geplant, Stellen zu streichen, hat die Landesregierung in Baden-Württemberg zum Beginn des aktuellen Schuljahres 713 neue Lehrerstellen zur Integration von Flüchtlingskindern geschaffen. Mit 78 % findet die übergroße Mehrheit der Eltern schulpflichtiger Kinder in Baden-Württemberg dies richtig. Zwei Drittel (66 %) der Eltern sind der Meinung, dass diese zusätzlichen Lehrerstellen nicht ausreichen werden, um den Anforderungen an den Schulen gerecht zu werden. Dies zeigt die erste regionale JAKO-O Bildungsstudie, die heute in Stuttgart präsentiert wurde. Für die repräsentative Umfrage wurden im Januar und Februar 2016 in Baden-Württemberg 500 Eltern schulpflichtiger Kinder im Alter von bis zu 16 Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Mentefactum – in Zusammenarbeit mit TNS Emnid – befragt.*

Unter den Befürwortern zusätzlicher Lehrerstellen sind Eltern mit Abitur (87 %) deutlich stärker vertreten als Eltern mit Hauptschulabschluss (70 %). Am niedrigsten liegt die Zustimmung bei den Migranten (58 %). „Implizit fordern die 66 %, die der Meinung sind, dies reiche nicht aus, zusätzliche Anstrengungen von der Landesregierung. Die Eltern sind der Überzeugung, dass weit mehr für die Beschulung dieser Kinder geleistet werden muss“, sagte der Bildungsforscher Prof. em. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann von der Universität Bielefeld bei der Präsentation der Studienergebnisse in Stuttgart.

### **Projekt „Gemeinschaftsschule“ weiter umstritten**

271 öffentliche Gemeinschaftsschulen gab es im August letzten Jahres in Baden-Württemberg. Dieses auch im Wahlkampf besonders umstrittene Projekt stößt bei den Eltern zwar auf ein gespaltenes, aber mehrheitlich positives Echo: 57 % halten es für richtig, 42 % für falsch. „Trotz der oft negativen Berichterstattung der vergangenen Monate ist mehr als die Hälfte der Eltern überzeugt von einem System des gemeinsamen, schulformübergreifenden Lernens. Dennoch steckt die Brisanz im unterschiedlichen Meinungsbild einzelner Elterngruppen. So fällt das Urteil der Gymnasialeltern deutlich negativ aus. Dagegen wünschen sich Eltern mit Grund- bzw. Realschulkindern mit ebenso klarer Mehrheit das gemeinsame Lernen“, sagte Klaus-Peter Schöppner von Mentefactum.

### **Mehrheit gegen den Wegfall der verbindlichen Schullaufbahneempfehlung**

Eine deutliche Mehrheit (60 %) der Eltern schulpflichtiger Kinder spricht sich gegen die unlängst in Baden-Württemberg vollzogene Abschaffung der verbindlichen Schullaufbahneempfehlung nach der vierten Klasse aus. Nur 37 % begrüßen die nun eingeführte freie Elternentscheidung. „Es ist erstaunlich, dass diese Maßnahme der grün-roten Landesregierung von der Mehrheit der Eltern abgelehnt wird, obwohl sie ihnen mehr Rechte überträgt“, sagte Tillmann. Die Ablehnung findet sich vor allem bei den Eltern, deren Kind bereits ein Gymnasium besucht (73 %), während sich bei den Grundschuleltern Befürwortung und Ablehnung in etwa die Waage halten.

Jako-o GmbH  
*Kindersachen mit Köpfchen!*  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach

*Presse-Kontakt:*  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de

### **Angebot an Ganztagschulen ausweiten**

Nur noch eine Minderheit der Eltern in Baden-Württemberg wünscht sich für ihr Kind eine Halbtagschule. Die große Mehrheit (64 %) spricht sich für eine Ganztagschule aus. Dabei findet das offene Konzept mit 37 % mehr Zustimmung als das gebundene (27 %). „Die Ursache für dieses Votum liegt sicher auch im Wandel der Berufs- und Geschlechterrollen. Immer häufiger sind beide Elternteile berufstätig, sodass die Kinder in einer Ganztagschule betreut werden müssen“, sagte Tillmann. „Aber auch die Familien, in denen ein Elternteil halbtags oder gar nicht berufstätig ist, fordern mehrheitlich eine Ganztagschule.“ Offensichtlich, so der Experte, werde die Ganztagschule also auch wegen ihres pädagogischen Werts gewählt. Gleichzeitig fordert die große Mehrheit der Eltern (71 %) den weiteren Ausbau des Angebotes an Ganztagschulen – was auch als Ziel der aktuellen Bildungspolitik in Baden-Württemberg formuliert wurde.

### **Zu viele Hausaufgaben für Eltern**

„Es bestürzt mich, auch hier bestätigt zu sehen, wie viel uns Eltern abverlangt wird, wenn es um den Schulbesuch unserer Kinder geht. Neben unseren Jobs, der Hausarbeit, dem familiären Management und allem was sonst noch so anfällt, verlassen sich unsere Schulen auch weiterhin darauf, dass wir ihnen Arbeit abnehmen“, sagte Dr. Carsten T. Rees vom Landeselternbeirat Baden-Württemberg. Seiner Kritik zugrunde liegen die 66 % der Eltern, die in der Umfrage sagen, sie müssten vieles von dem leisten, was eigentlich Aufgabe der Schule ist. So helfen 75 % der Eltern in Baden-Württemberg gezielt vor Referaten und Klassenarbeiten. 63 % kontrollieren die Hausaufgaben und 59 % erarbeiten mit ihren Kindern den Lernstoff des Unterrichts.

### **Inklusion: Ja, aber!**

Die von der grün-roten Landesregierung vollzogene Abschaffung der Sonderschulpflicht für behinderte Kinder halten zwei Drittel (66 %) der Eltern in Baden-Württemberg für sinnvoll. Auch einer gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht-behinderten Kindern stehen sie überwiegend positiv gegenüber. Allerdings ist die Zustimmung abhängig von der Art der Behinderung. So befürworten die Eltern vor allem den gemeinsamen Unterricht von nicht-behinderten mit körperlich behinderten Kindern (86 %) und mit Kindern mit Lernschwierigkeiten (72 %). Bei verhaltensauffälligen oder geistig behinderten Kindern fällt die Befürwortung mit je 44 % deutlich verhaltener aus. Rees: „Das uninformierte Zusammentreffen mit dem je Anderen kann zu Verunsicherung und zu Ängsten führen. Die Zahlen sind ein wichtiges Indiz für die zentrale Bedeutung guter und umfassender Information der Eltern an inklusiven Schulen.“

### **Schüler gehen gern zur Schule**

Alles in allem geht der allergrößte Teil (82 %) der Schüler und Schülerinnen in Baden-Württemberg gern zur Schule – zumindest meinen das die Eltern. 6 % der Grundschülereltern sagen, ihr Kind ginge ungern zur Schule. Hingegen glauben 21 % der Gymnasialeltern, dass ihr Kind nicht gern im Unterricht sitzt.

Druckfähige Ergebnisgrafiken und Bildmaterial können hier heruntergeladen werden:  
[http://bit.ly/jako-o\\_bildungsstudieregional\\_BW](http://bit.ly/jako-o_bildungsstudieregional_BW)

### **Über JAKO-O**

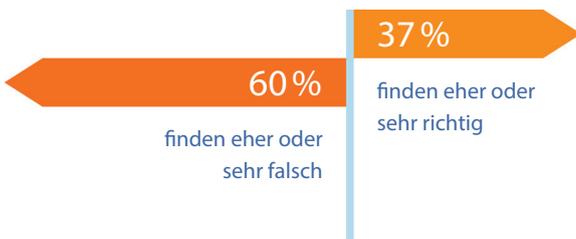
Der Versandhändler für Kindersachen führt seit 2010 regelmäßig Bildungsstudien durch, bei denen deutschlandweit Eltern nach ihrer Meinung zu Schule und Bildungssystem befragt werden. Die regionalen Bildungsstudien ergänzen nun die bundesweite Befragung, um Trends und Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern abzubilden und aktuelle bildungspolitische Diskussionen aus Elternsicht zu bewerten.

Seit 29 Jahren verkauft die Jako-o GmbH „Kindersachen mit Köpfchen“. Das Unternehmen wurde 1987 im nordbayerischen Bad Rodach gegründet und gehört neben dem Spielwarenhersteller HABA sowie dem Kindergarten- und Schulausstatter Wehrfritz zur traditionsreichen HABA-Firmenfamilie. Als Versandhauspezialist für Spielwaren sowie Kinderbekleidung und -möbel richtet sich JAKO-O an junge Familien mit Kindern von 0 bis 10 Jahren im In- und Ausland. Der Betrieb ist nach EG-Öko-Audit-Verordnung zertifiziert und bietet immer mehr Artikel an, die den OEKO-TEXT® Standard 100 erfüllen und deren gesamte Produktionskette den Richtlinien von bluesign® folgt. Zudem wird JAKO-O für seine familienfreundliche Unternehmenspolitik regelmäßig mit dem Zertifikat zum Audit berufundfamilie® ausgezeichnet. Weitere Informationen auf [www.jako-o.de](http://www.jako-o.de).



## SCHULEMPFEHLUNG

Die meisten Eltern halten die Abschaffung der verpflichtenden Schulempfehlungen in ihrem Bundesland für falsch.

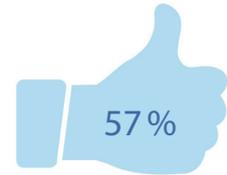


## GEMEINSCHAFTSSCHULE

Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg richtig oder falsch? Die Meinungen sind gespalten aber die Mehrheit der Eltern sagt: richtig!



halten es für falsch



halten es für richtig

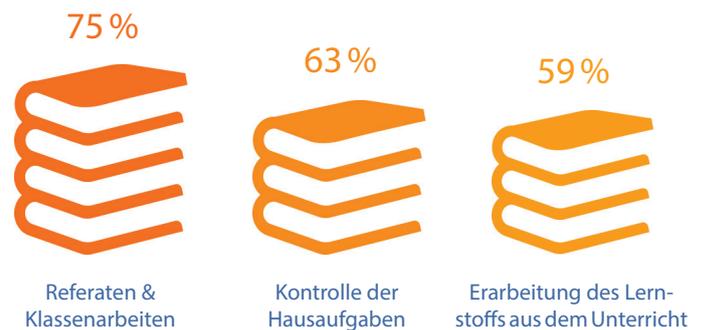
## FLÜCHTLINGSPOLITIK

8 von 10 Eltern unterstützen die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen für Flüchtlingskinder.



## ELTERNBETEILIGUNG

Zwei Drittel der Eltern finden, sie müssen vieles von dem leisten, was eigentlich Aufgabe der Schule ist. Sie helfen bei:

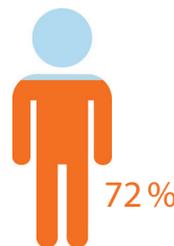


## INKLUSION

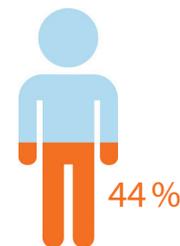
Zwei Drittel der Eltern finden die Abschaffung der Sonderschulpflicht für behinderte Kinder in Baden-Württemberg sinnvoll. Mit welchen Kindern sollen nicht-behinderte Kinder gemeinsam lernen?



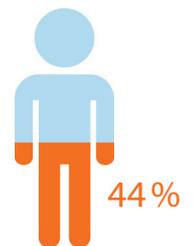
mit körperlich Behinderten



mit Lernschwierigkeiten



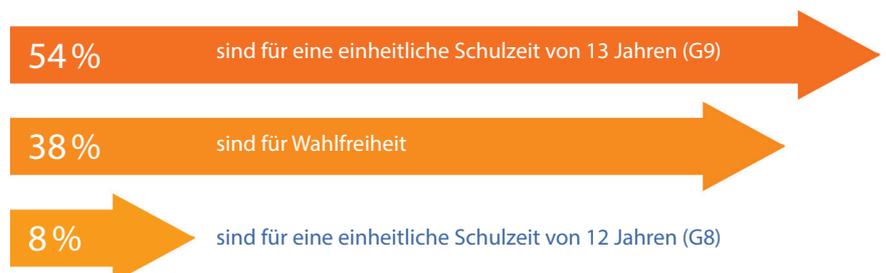
mit Verhaltensauffälligkeiten



mit geistig Behinderten

## GYMNASIALZEIT

9 von 10 Eltern würden ein bundesweites Zentralabitur befürworten. Die Mehrheit ist für eine 13-jährige Schulzeit bis zum Abitur.





# Methodische Anlage der Untersuchung

## METHODISCHE ANLAGE DER UNTERSUCHUNG

- GRUNDGESAMTHEIT:** Eltern von schulpflichtigen Kindern im Alter von bis zu 16 Jahren in Privathaushalten in Baden-Württemberg. Auswahlgesamtheit sind jene Privathaushalte in Baden-Württemberg mit mindestens einem Festnetzanschluss.
- STICHPROBE:** 500 Interviews
- AUSWAHLVERFAHREN:** Die Telefonnummern wurden per „Random Last Two Digits - RL(2)D-Verfahren“ in Anlehnung an das sogenannte Gabler/Häder-Verfahren generiert. Dazu werden im ersten Schritt aus den verfügbaren Telefonnummern durch „Abschneiden“ der letzten beiden Stellen Nummernstämme gebildet. Im zweiten Schritt wird das Universum der möglichen Telefonnummern für diese Stämme generiert, indem jeder vorkommende Nummernstamm mit allen Ziffernkombinationen ergänzt wird. Aus diesem Universum wird im dritten Schritt eine Zufallsstichprobe proportional zur Haushaltsverteilung nach Regierungsbezirken und Gemeindegrößen gezogen. Die Auswahlgrundlage bildet das ADM-MasterSample für generierte Telefonnummern. Innerhalb der Haushalte wurde jeweils ein Elternteil befragt (Eltern mit schulpflichtigem/n Kind(ern) bis zu 16 Jahren).
- DURCHFÜHRUNG DER UNTERSUCHUNG:** Die Telefonbefragung wurde zentral von Emnittel, Bielefeld, durchgeführt. Es handelt sich dabei um computergestützte Telefoninterviews (CATI). Die allgemeinen Arbeitsanweisungen, nach denen alle Interviewer von Emnittel verfahren, regelten die einheitliche Durchführung der Interviews. Deren Kontrolle erfolgte direkt durch den Einsatzleiter im Telefonstudio. Der Fragebogen war als Protokollgrundlage in Bezug auf Reihenfolge und Wortlaut der Fragen für die Interviewer verbindlich.
- BEFRAGUNGSZEITRAUM:** 15.01.2016 bis 03.02.2016

**GEWICHTUNG:**

Die Stichprobe wurde auf Grundlage verfügbarer Bevölkerungsstatistiken hinsichtlich der Merkmale Region, Schulbildung und Berufstätigkeit des Befragten, Alleinerziehung sowie Anzahl und Alter der Kinder gewichtet. Die Gewichtung stellt sicher, dass die der Auswertung zugrunde liegende Stichprobe in ihrer Zusammensetzung der Struktur der Grundgesamtheit entspricht. Damit sind die Untersuchungsergebnisse repräsentativ und können im Rahmen der statistischen Fehlertoleranzen auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden. Bei einer Stichprobe von 500 Befragten und einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 % betragen die statistischen Fehlertoleranzen zwischen 2,7 und 6,2 %.

**STICHPROBENSTRUKTUR:** Siehe „S-Tabellen“ in den vorliegenden Tabellenbänden.



# **JAKO-O** Bildungsstudie regional

Eltern beurteilen Schule in Baden-Württemberg

# Studiensteckbrief

Institut	TNS Emnid
Methode	Telefonbefragung (CATI ad hoc)
Grundgesamtheit	Eltern von schulpflichtigen Kindern im Alter bis zu 16 Jahren in Baden-Württemberg
Stichprobe	n = 500 (350 Mütter, 150 Väter)
Erhebungszeitraum	15. Januar bis 3. Februar 2016
Vorangegangene Studien	Januar/Februar 2014: Telefonbefragung von Eltern von schulpflichtigen Kindern im Alter bis zu 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland

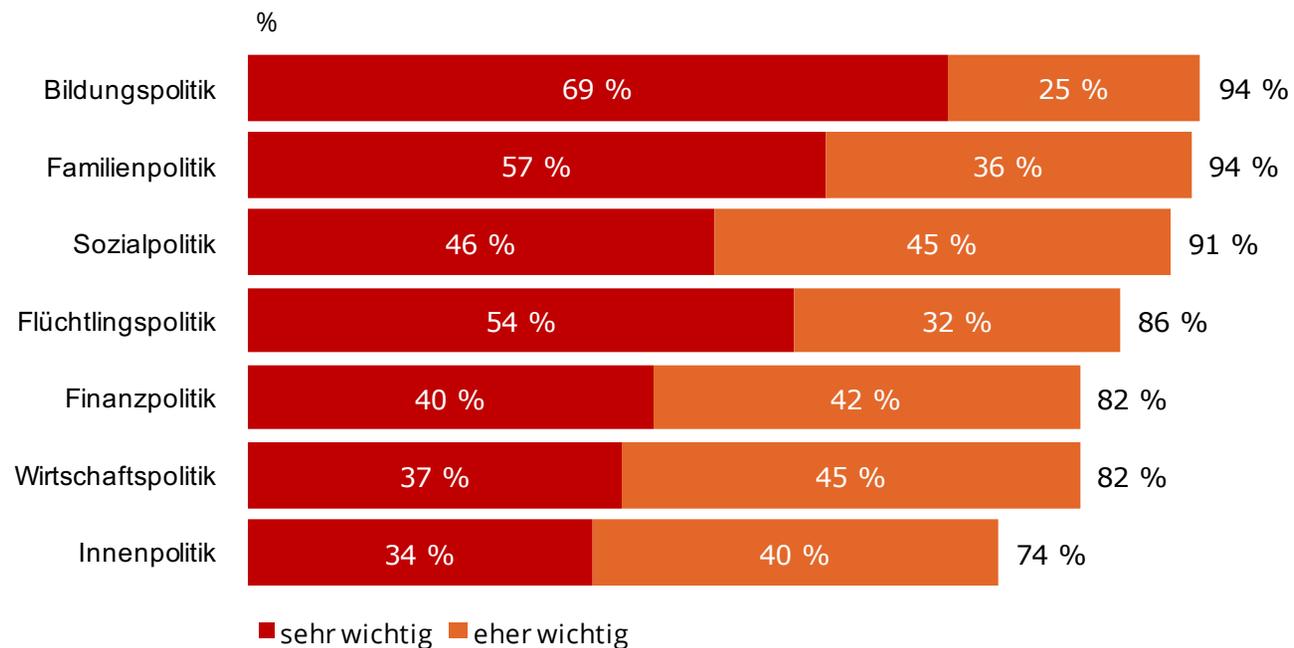
**Hinweis:** Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze Zahlen gerundet sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100% aufsummieren. Aus demselben Grund können sogenannte „Top-Two-Werte“ (durch Addition zusammengefasste Kategorien wie: „sehr zufrieden“ + „eher zufrieden“) von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit mehreren möglichen Antwortoptionen können die aufaddierten Nennungen 100% überschreiten.



# Bildungspolitik in Baden-Württemberg

# Wichtigkeit von Aufgaben der Landesregierung für die eigene Wahlentscheidung I

Für mehr als zwei Drittel der Eltern ist die Bildungspolitik für die eigene Wahlentscheidung sehr wichtig

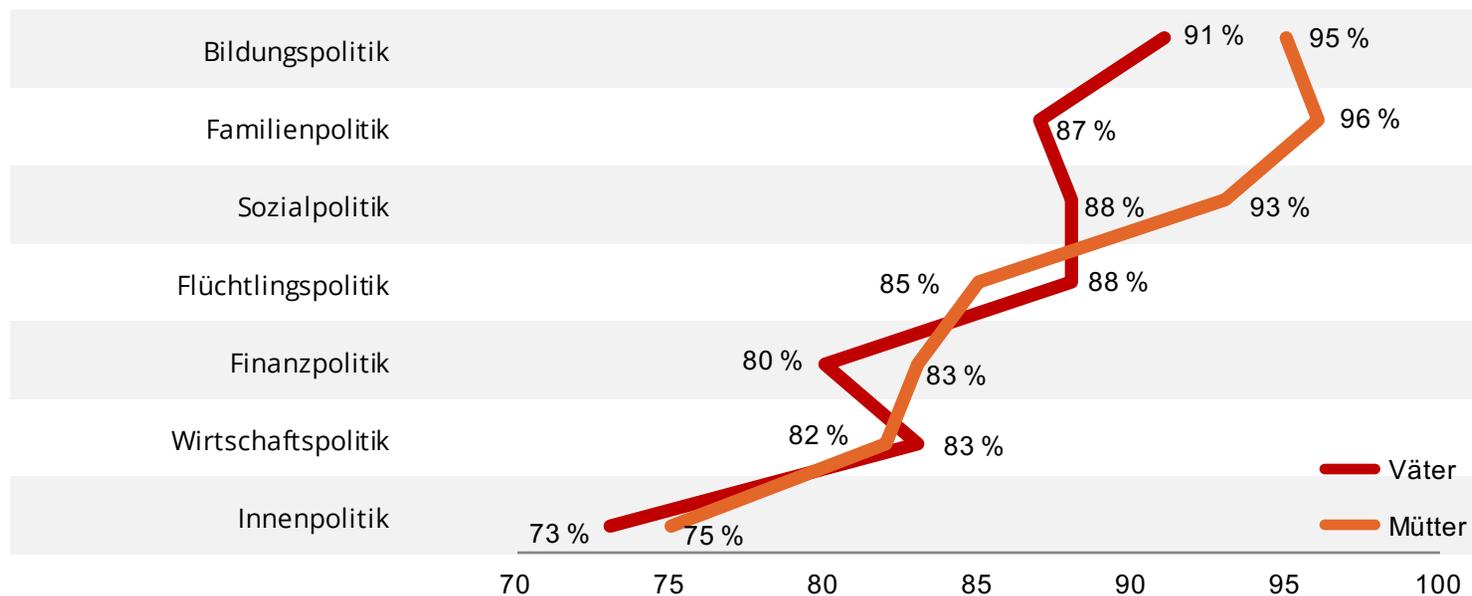


Frage: Sagen Sie mir, ob die folgenden Aufgaben der Landesregierung für Ihre Wahlentscheidung bei der kommenden Landtagswahl sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig sind?

Basis: 500 Befragte

# Wichtigkeit von Aufgaben der Landesregierung für die eigene Wahlentscheidung II

## Familienpolitik für Mütter wichtiger als für Väter



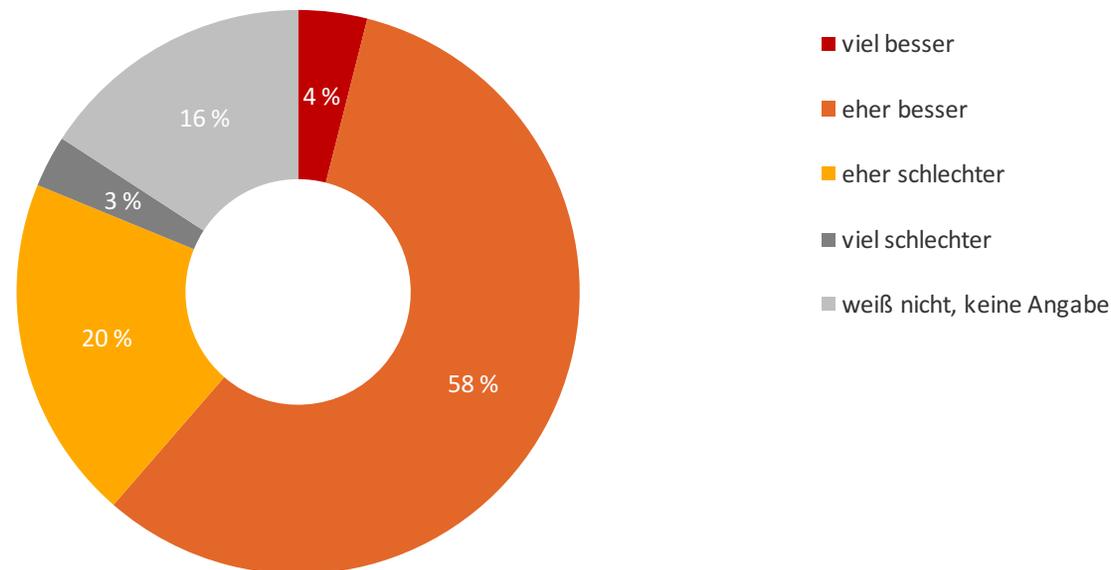
**Dargestellt:** Top-Two-Werte (sehr wichtig + eher wichtig)

**Frage:** Sagen Sie mir, ob die folgenden Aufgaben der Landesregierung für Ihre Wahlentscheidung bei der kommenden Landtagswahl sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder völlig unwichtig sind?

**Basis:** 150 Väter / 350 Mütter

# Bildungspolitik im Vergleich zu anderen Bundesländern

Fast zwei Drittel halten die aktuelle Bildungspolitik in Baden-Württemberg für besser als in den anderen Bundesländern

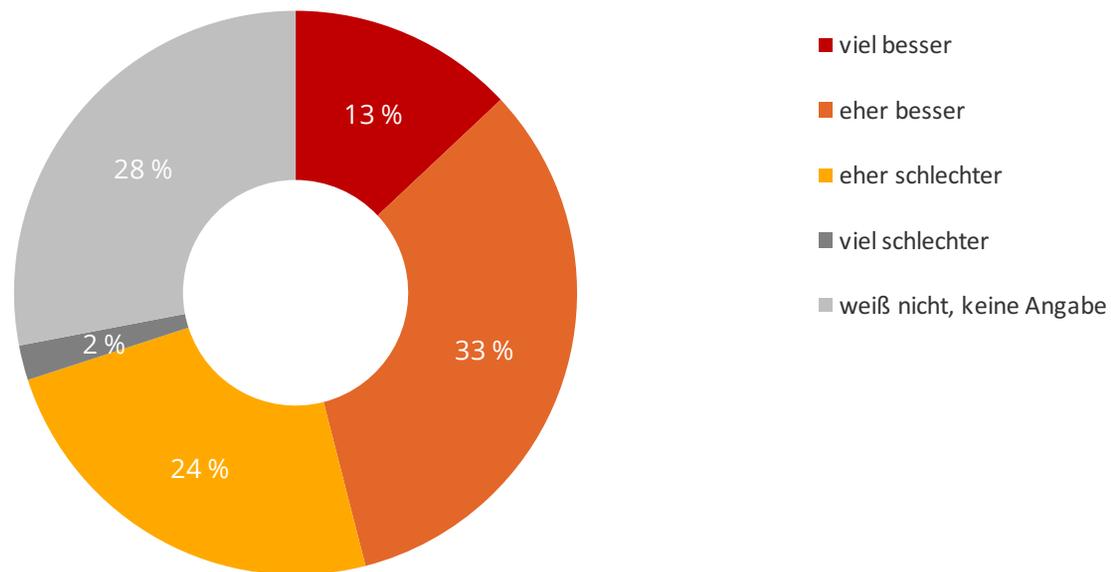


Frage: Wie beurteilen Sie die Bildungspolitik in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern? Ist die aktuelle Bildungspolitik ...?

Basis: 500 Befragte

# Bildungspolitik im Vergleich zur Vorgängerregierung

Knapp die Hälfte der Eltern beurteilt die Bildungspolitik der früheren CDU/FDP-Regierung besser als die der aktuellen Regierung

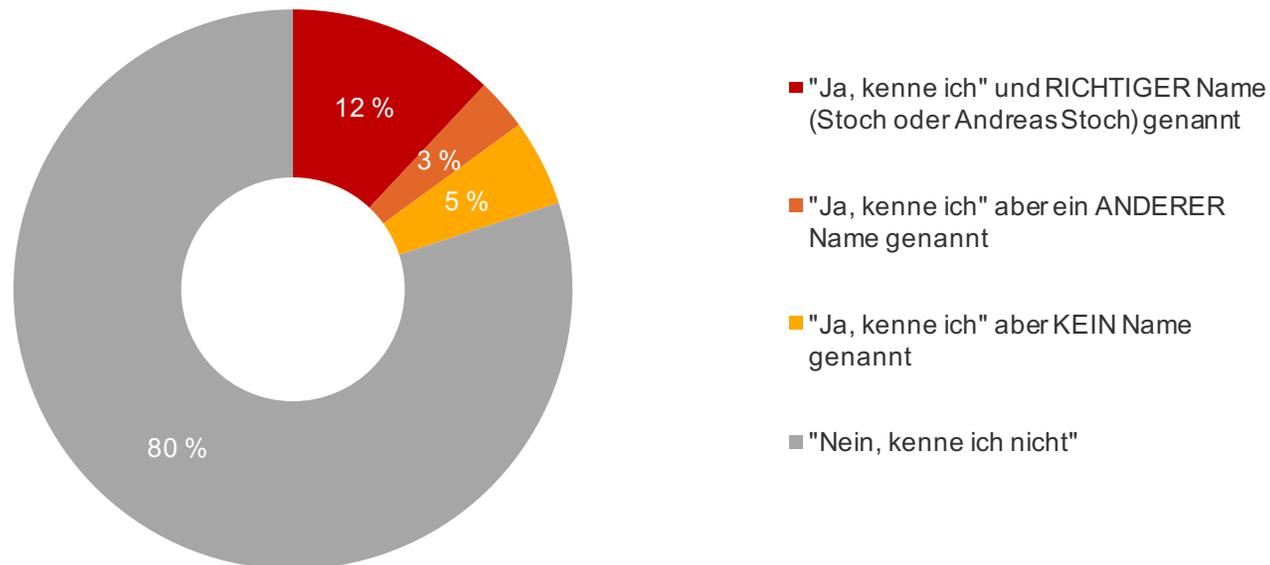


Frage: Und wie war die Bildungspolitik in Baden-Württemberg vor dem Regierungswechsel, also zu Zeiten der CDU/FDP-Regierung?

Basis: 500 Befragte

# Bekanntheit des Kultusministers (ungestützte Abfrage)

Nur jeder Achte kann spontan den Namen des Kultusministers nennen



Frage: Kennen Sie den Namen des Kultusministers von Baden-Württemberg, der unter anderem auch für die Bildungspolitik zuständig ist?

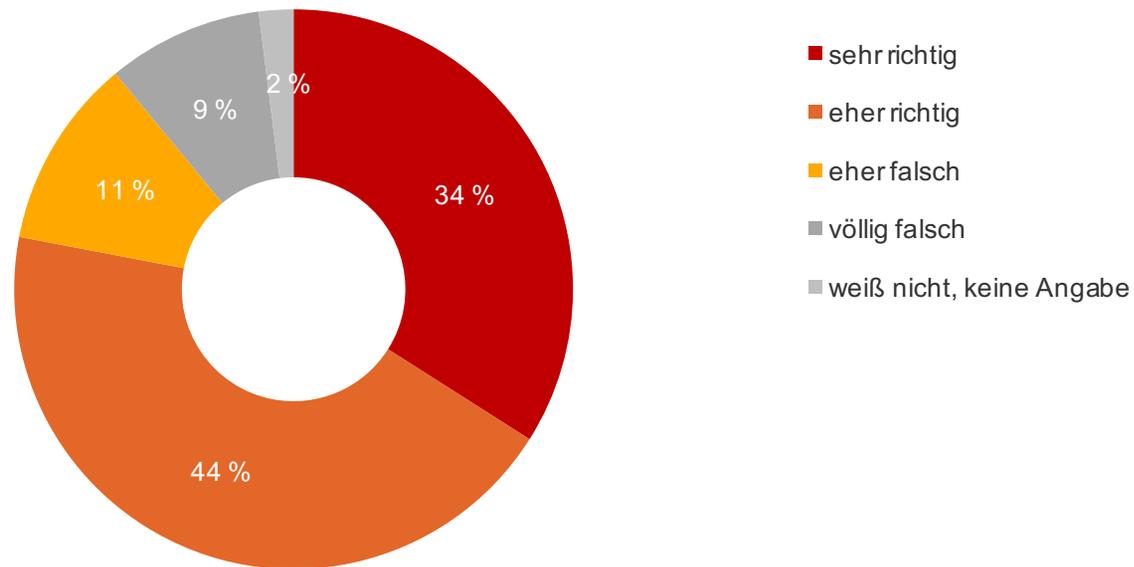
Basis: 500 Befragte



## Maßnahmen der gegenwärtigen Landesregierung

# Neue Lehrerstellen zur Integration von Flüchtlingskindern

Breite Unterstützung zusätzlicher Lehrerstellen für Flüchtlingskinder

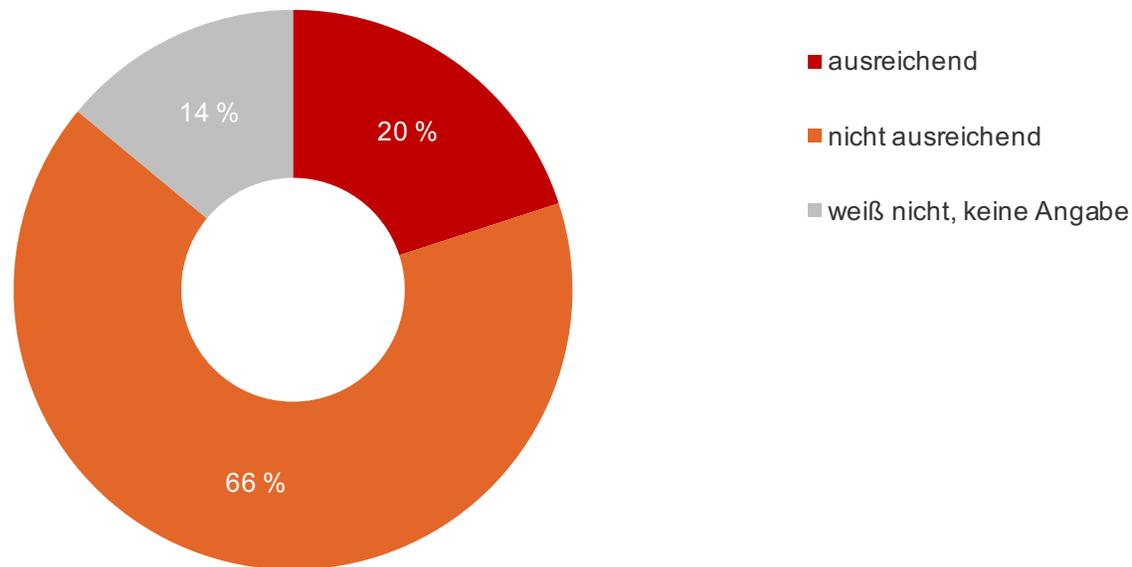


Frage: Zu Beginn des neuen Schuljahres sind in Baden-Württemberg, anstatt wie geplant Stellen zu streichen, 713 neue Lehrerstellen geschaffen worden. Sie sollen zur Integration von Flüchtlingskindern eingesetzt werden. Das finde ich ...?

Basis: 500 Befragte

# Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen für Flüchtlingskinder

Eine deutliche Mehrheit glaubt nicht, dass die Anzahl an Lehrerstellen für die Betreuung der Flüchtlingskinder ausreichen wird

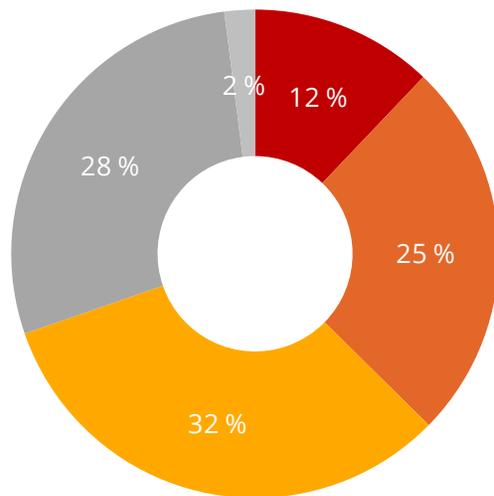


Frage: Sind nach Ihrer Meinung angesichts der zusätzlichen Aufgaben durch die Flüchtlingskinder diese Stellen ausreichend oder nicht ausreichend?

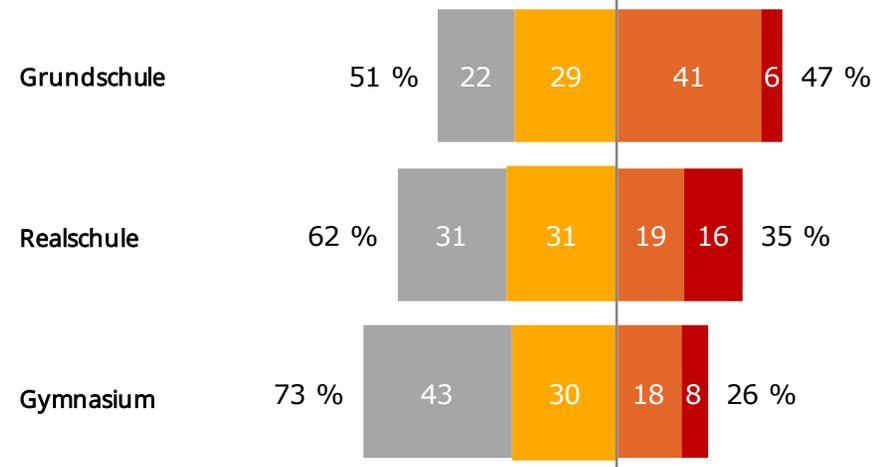
Basis: 500 Befragte

# Elternentscheidung über weiterführende Schule

Die Mehrheit der Eltern hält den Wegfall der verpflichtenden Schulempfehlungen für falsch – besonders Eltern von Gymnasiasten



Ältestes schulpflichtiges Kind in ...



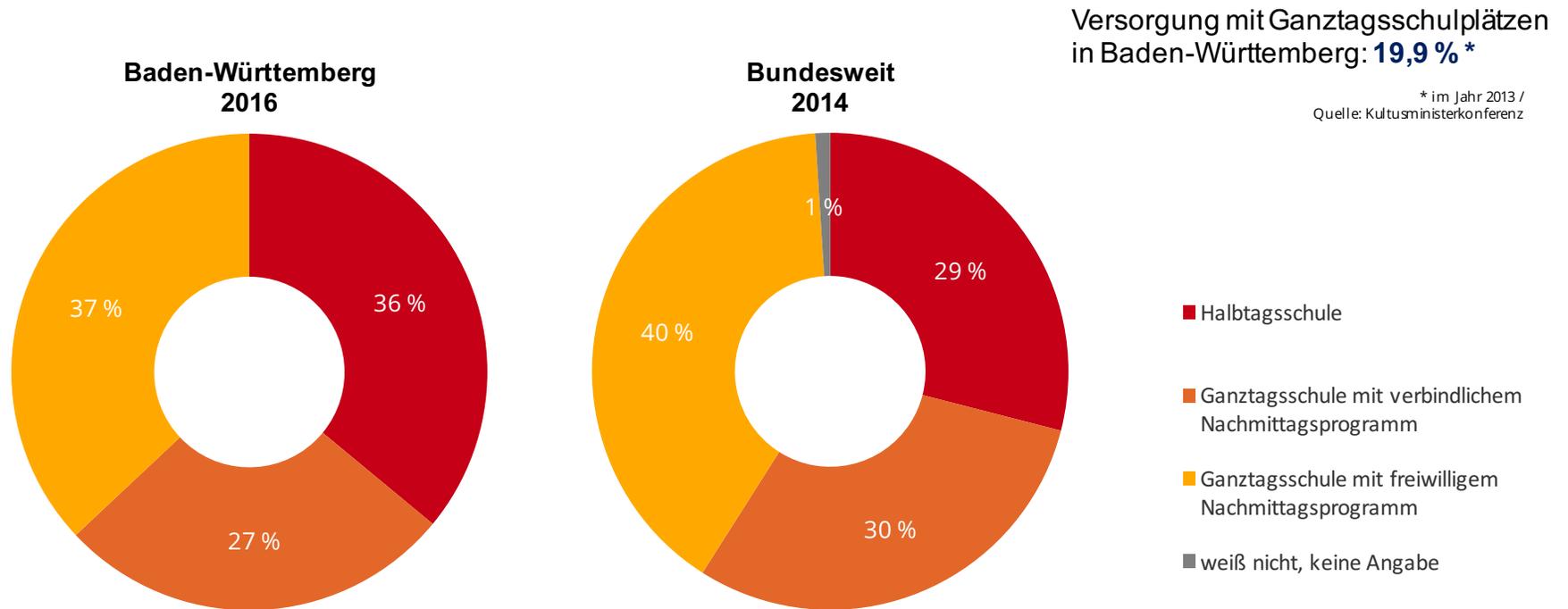
■ sehr richtig ■ eher richtig ■ eher falsch ■ völlig falsch ■ weiß nicht, keine Angabe

Frage: In Baden-Württemberg entscheiden nach der vierten Klasse keine verpflichtenden Schulempfehlungen mehr, auf welche weiterführende Schule ein Kind gehen soll. Vielmehr entscheiden jetzt die Eltern. Das finde ich ...?

Basis: 500 Befragte // Ältestes schulpflichtiges Kind in der Grundschule: 123 Eltern / Realschule: 159 Eltern / Gymnasium: 117 Eltern

# Bevorzugte Schulform

Deutliche Präferenz für Ganztagschule – die klassische Halbtagschule ist bei den Eltern in Baden-Württemberg allerdings etwas beliebter als bundesweit (2014)

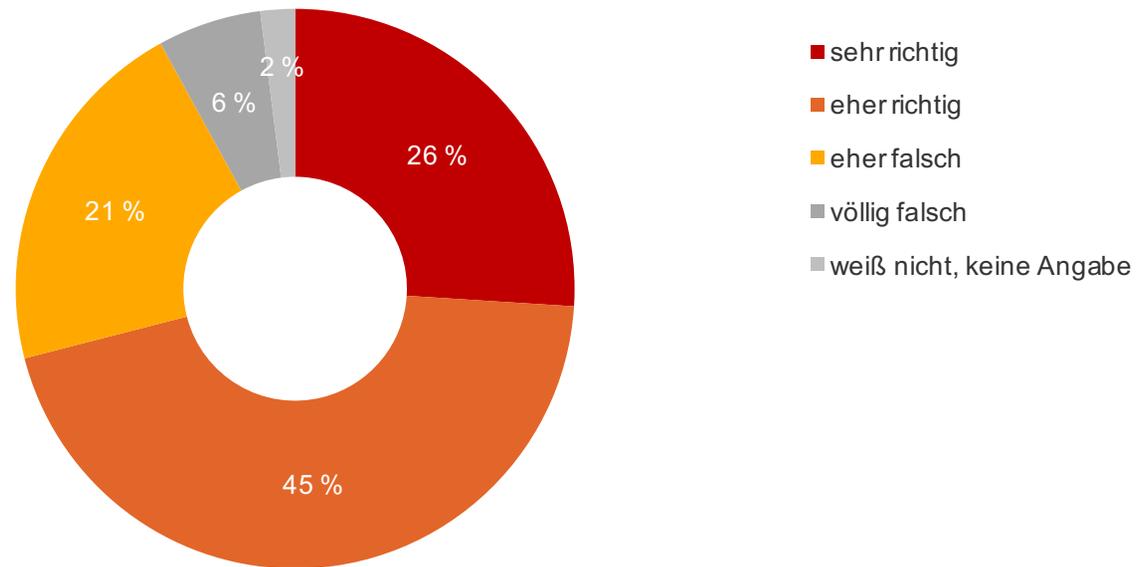


Frage: Auf welche Schule würden Sie Ihr Kind schicken, wenn Sie die Möglichkeit hätten?

Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

# Ausweitung des Ganztagsangebots an Schulen

Sieben von zehn Eltern befürworten einen Ausbau des Ganztagsangebots

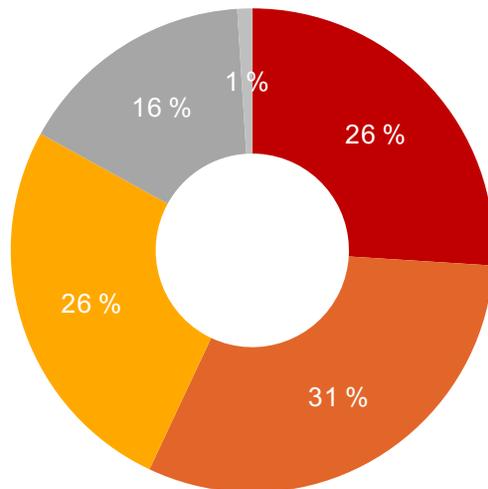


Frage: Ein Ziel der aktuellen Bildungspolitik in Baden-Württemberg ist die Ausweitung des Ganztagsangebots an Schulen. Ist dieser Schritt Ihrer Meinung nach ...?

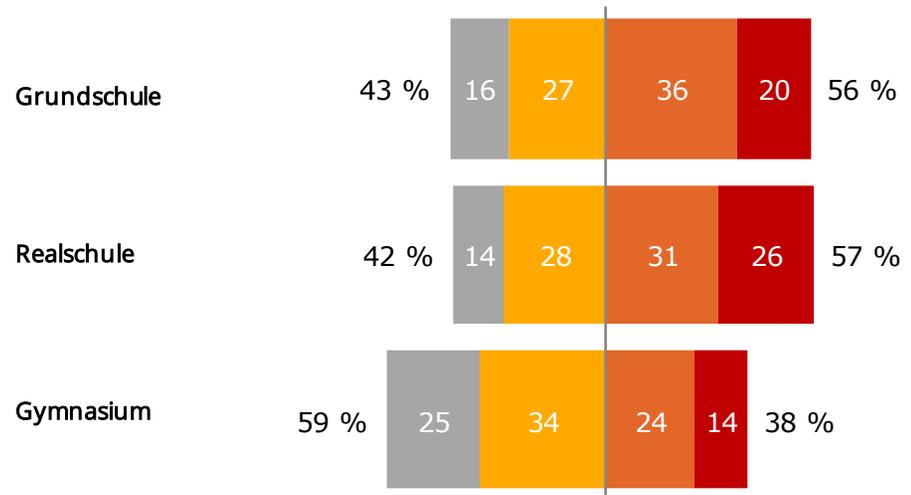
Basis: 500 Befragte

# Einführung der Gemeinschaftsschule

Die Einführung der Gemeinschaftsschule wird mehrheitlich befürwortet – Eltern von Gymnasiasten sind jedoch mehrheitlich dagegen



Ältestes schulpflichtiges Kind in ...



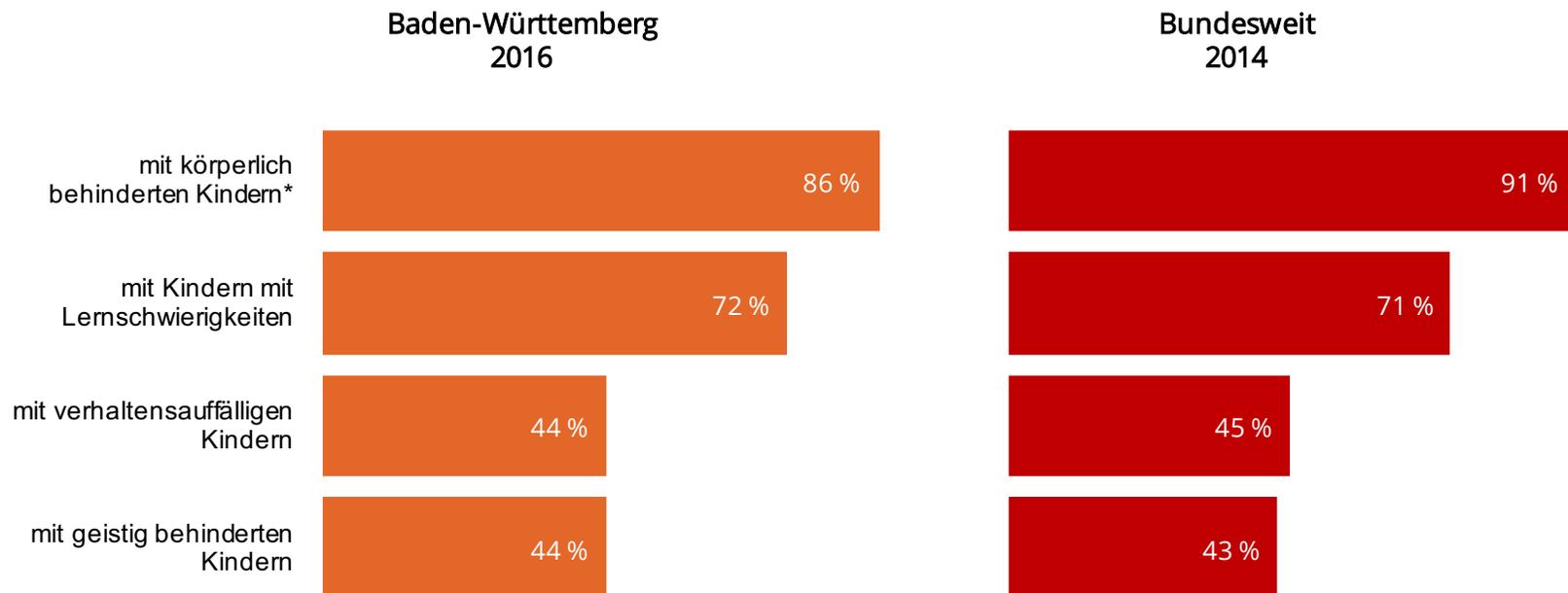
■ sehr richtig ■ eher richtig ■ eher falsch ■ völlig falsch ■ weiß nicht, keine Angabe

Frage: Ein zentrales Projekt der gegenwärtigen Landesregierung ist die Einführung der Gemeinschaftsschule als weitere Schulform. In Gemeinschaftsschulen sollen Kinder mit verschiedenen Leistungsvermögen gemeinsam lernen und können je nach Leistung einen Haupt-, Realschulabschluss oder das Abitur erlangen. Halten Sie diesen Ansatz für ...?

Basis: 500 Befragte // Ältestes schulpflichtiges Kind in der Grundschule: 123 Eltern / Realschule: 159 Eltern / Gymnasium: 117 Eltern

# Lernen mit behinderten bzw. beeinträchtigten Kindern

Gemeinsames Lernen mit körperlich behinderten Kindern befürworten knapp neun von zehn Eltern



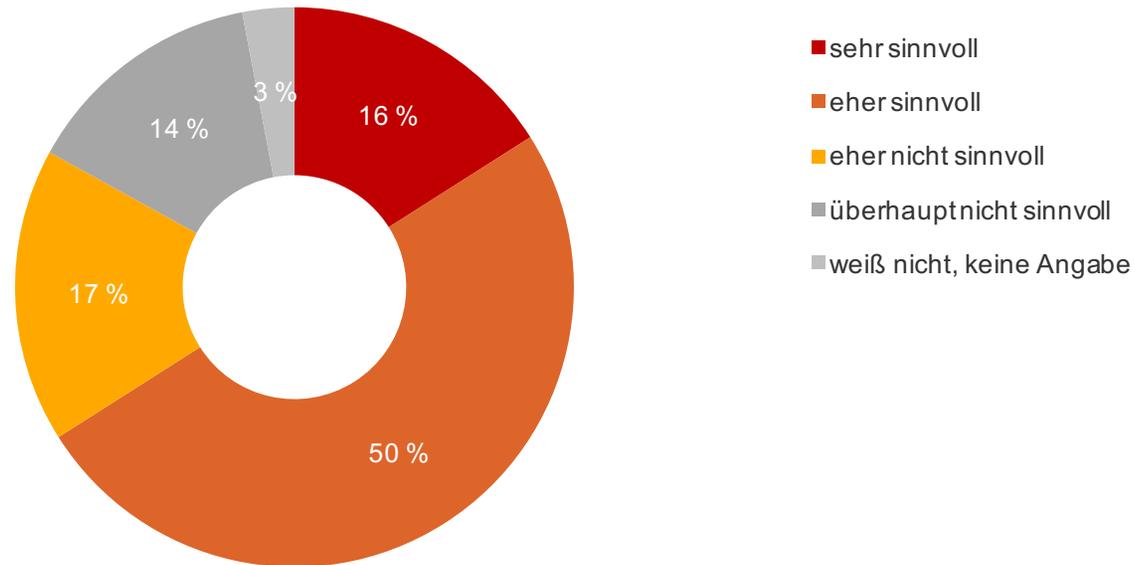
**Dargestellt:** Anteile „ja“

**Frage:** Gegenwärtig wird intensiv diskutiert, dass alle Kinder - auch die mit Behinderungen und Beeinträchtigungen - gemeinsam in einer Klasse lernen sollen. Wir würden gerne von Ihnen wissen: Mit welchen Kindern sollen nicht-behinderte Kinder in der Schule lernen?

**Basis:** 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

# Abschaffung Sonderschulpflicht für behinderte Kinder

Mehrheit hält diesen Schritt in Richtung Inklusion für sinnvoll



Frage: Die grün-rote Landesregierung hat in Baden-Württemberg die Sonderschulpflicht für behinderte Kinder abgeschafft. Eltern können stattdessen nach Beratung mit dem Schulamt wählen, ob ihr behindertes Kind auf einer Regelschule unterrichtet werden soll. Halten Sie diesen Schritt, der in den Medien häufig unter dem Stichwort „Inklusion“ diskutiert wird, für ...?

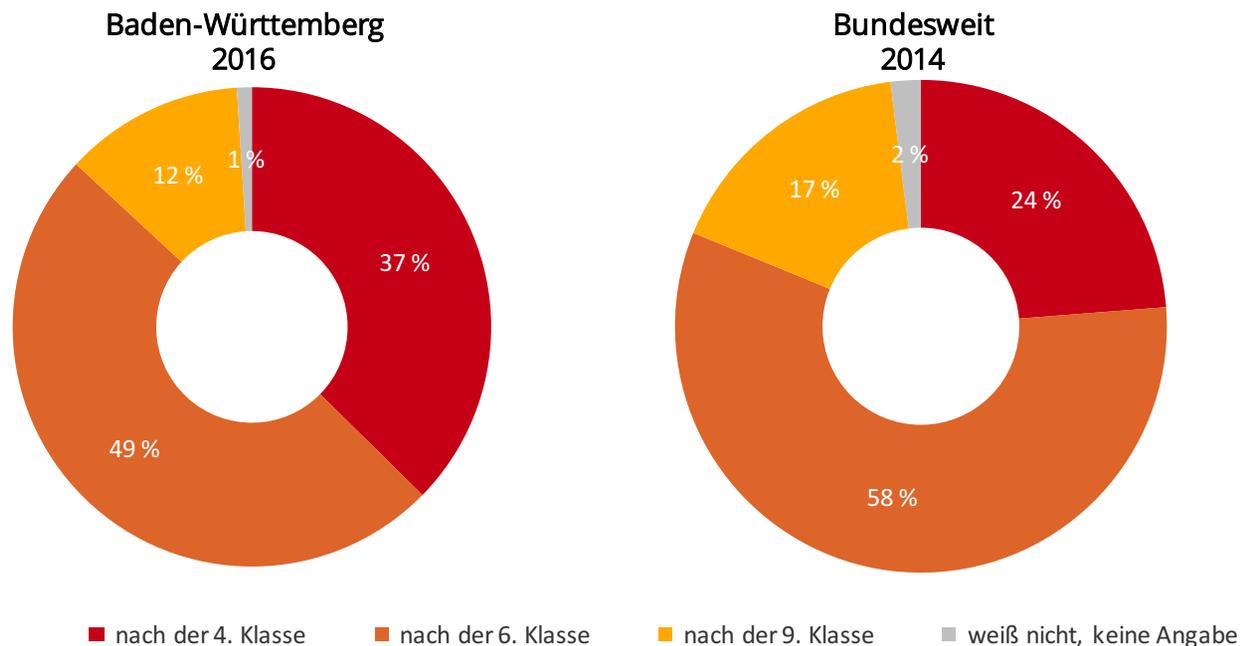
Basis: 500 Befragte



## Gymnasialzeit und Abitur

# Klassenstufe, nach der Kinder auf die verschiedenen Schulformen verteilt werden

Die meisten Eltern sind für eine Aufteilung nach der 6. Klasse – allerdings nicht so viele wie in der bundesweiten Befragung 2014

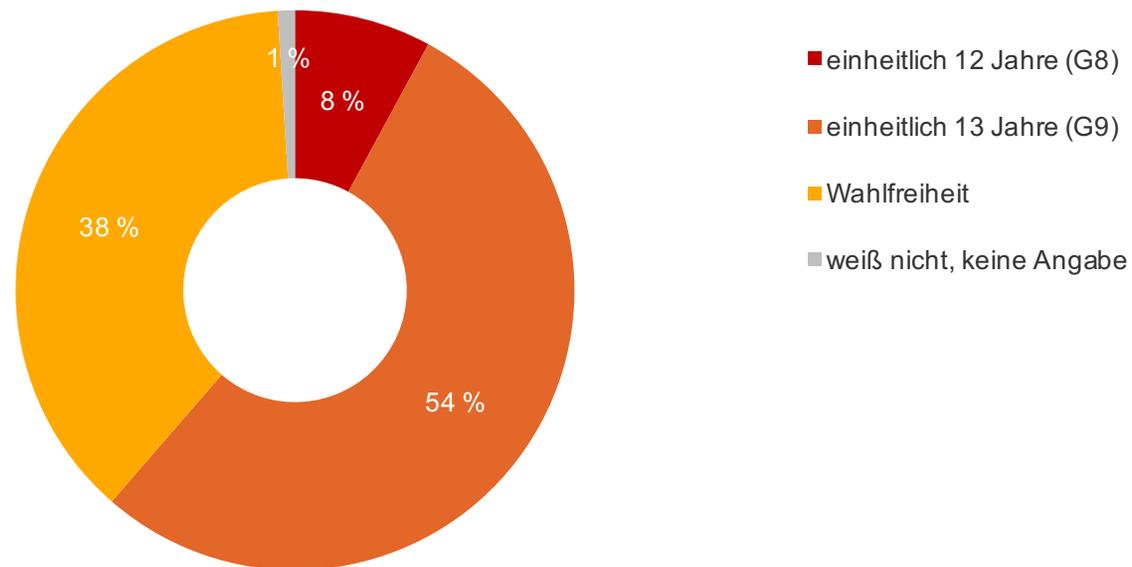


Frage: Derzeit werden die Schüler zumeist nach der 4. Klasse auf die verschiedenen Schulformen verteilt. Was halten Sie persönlich für die richtige Klasse, ab der die Aufteilung erfolgen sollte?

Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

# Regelung der Schulzeit bis zum Abitur

Mehrheit der Eltern favorisiert G9 – knapp vier von zehn fordern Wahlfreiheit für die Schulen

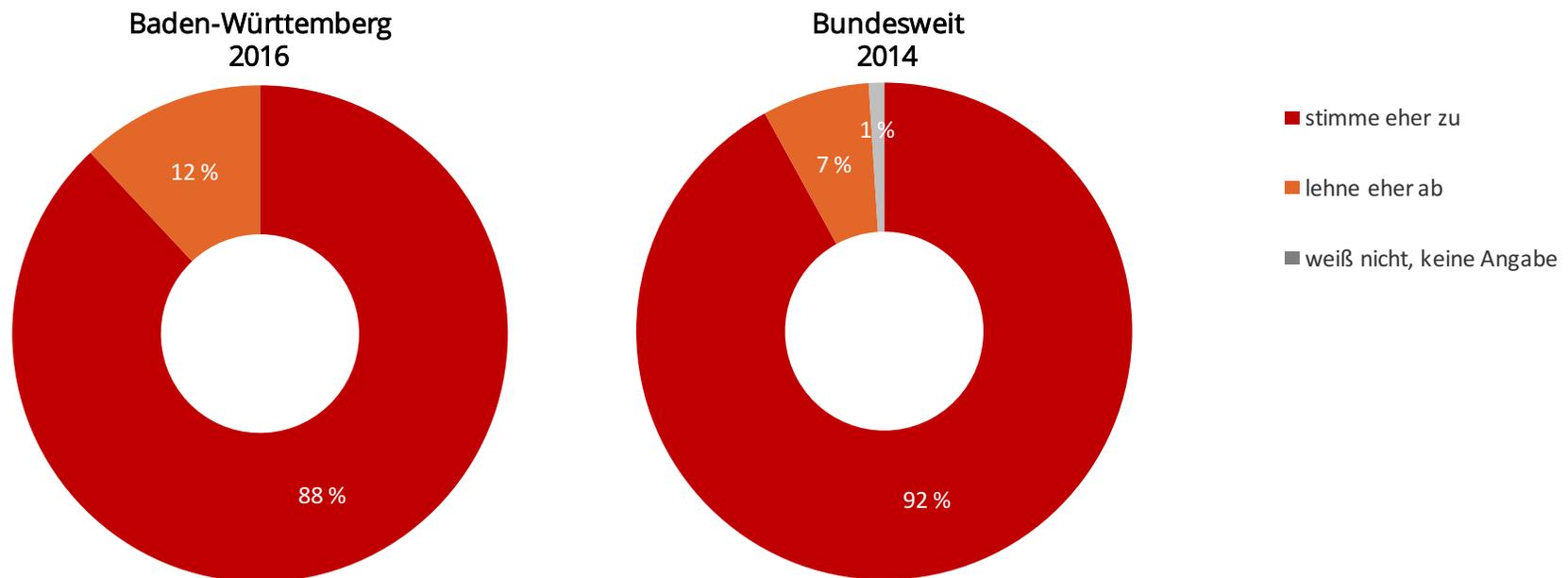


Frage: In Baden-Württemberg gibt es neben dem G8, also dem Abitur nach 12 Schuljahren, an 44 ausgewählten Schulen die Möglichkeit, das Abitur in 13 Schuljahren zu erlangen. Sollte der Weg zum Abitur Ihrer Meinung nach einheitlich 12 Jahre oder einheitlich 13 Jahre betragen? Oder sollte es Wahlfreiheit für die Schulen geben, welche Möglichkeit sie anbieten?

Basis: 500 Befragte

# Einführung eines Zentralabiturs

Große Zustimmung zum bundesweiten Zentralabitur – lediglich etwa jeder Zehnte lehnt es ab



Frage: In Deutschland gibt es keine einheitlichen Prüfungen zum Abitur. Was halten Sie von folgender Aussage:  
„Damit das Abitur in Deutschland vergleichbar wird, sollte bundesweit ein Zentralabitur mit einheitlichen Prüfungen und Bewertungsrichtlinien eingeführt werden.“

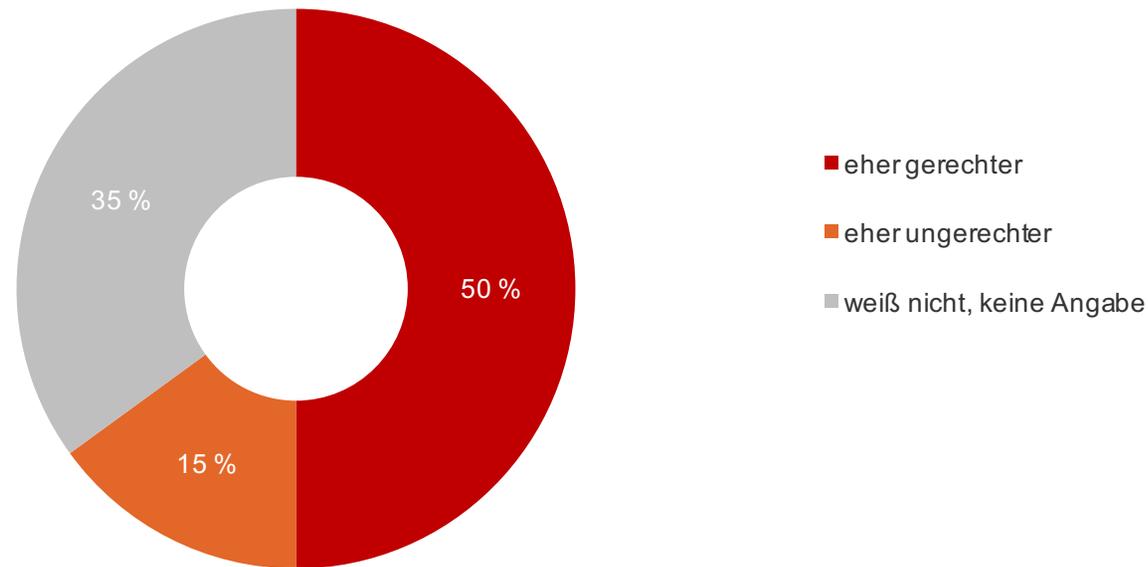
Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit



# Die Elternsicht auf die baden- württembergische Schule

# Chancengleichheit im Bildungssystem

Jeder Zweite hält das Bildungssystem in Baden-Württemberg für gerechter als in anderen Bundesländern – ein Drittel traut sich jedoch kein Urteil zu

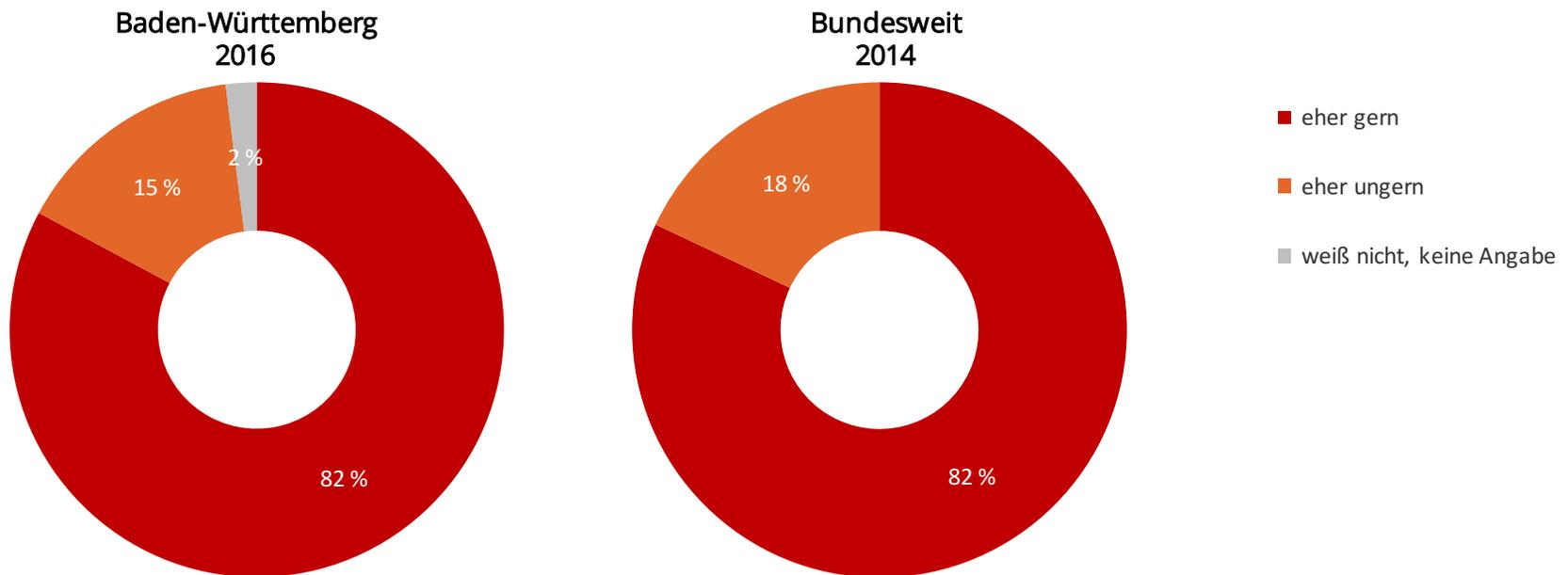


Frage: Das Thema Chancengleichheit und soziale Herkunft im Bildungssystem ist seit Jahren in der Diskussion. Glauben Sie, dass es in Baden-Württemberg ... als in anderen Bundesländern zugeht?

Basis: 500 Befragte

# Schulbesuch: gern vs. ungern

Acht von Zehn berichten, dass ihr Kind gern in die Schule geht

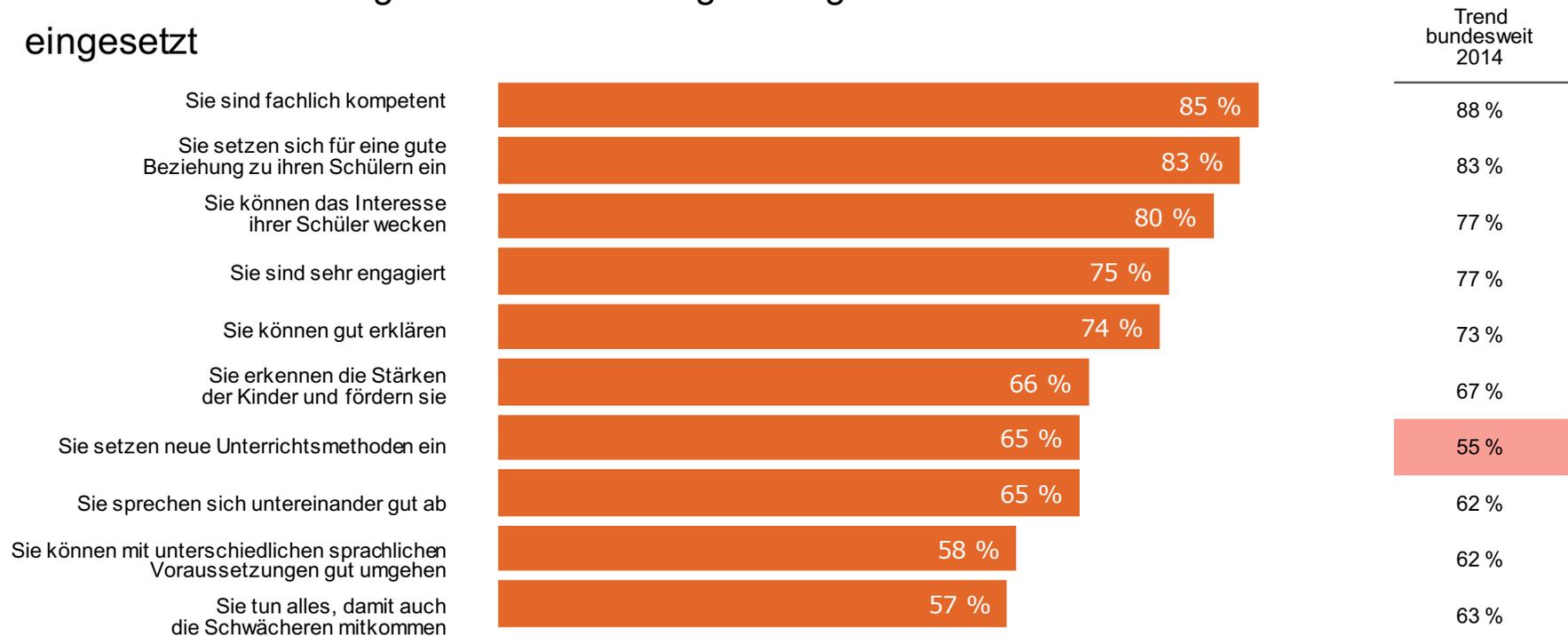


Frage: Geht Ihr (ältestes schulpflichtiges) Kind alles in allem ... in die Schule?

Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

# Eigenschaften der Lehrer I

Ähnliche Bewertung wie in der bundesweiten Befragung 2014 – in Baden-Württemberg werden nach Meinung der Eltern allerdings häufiger neue Unterrichtsmethoden eingesetzt



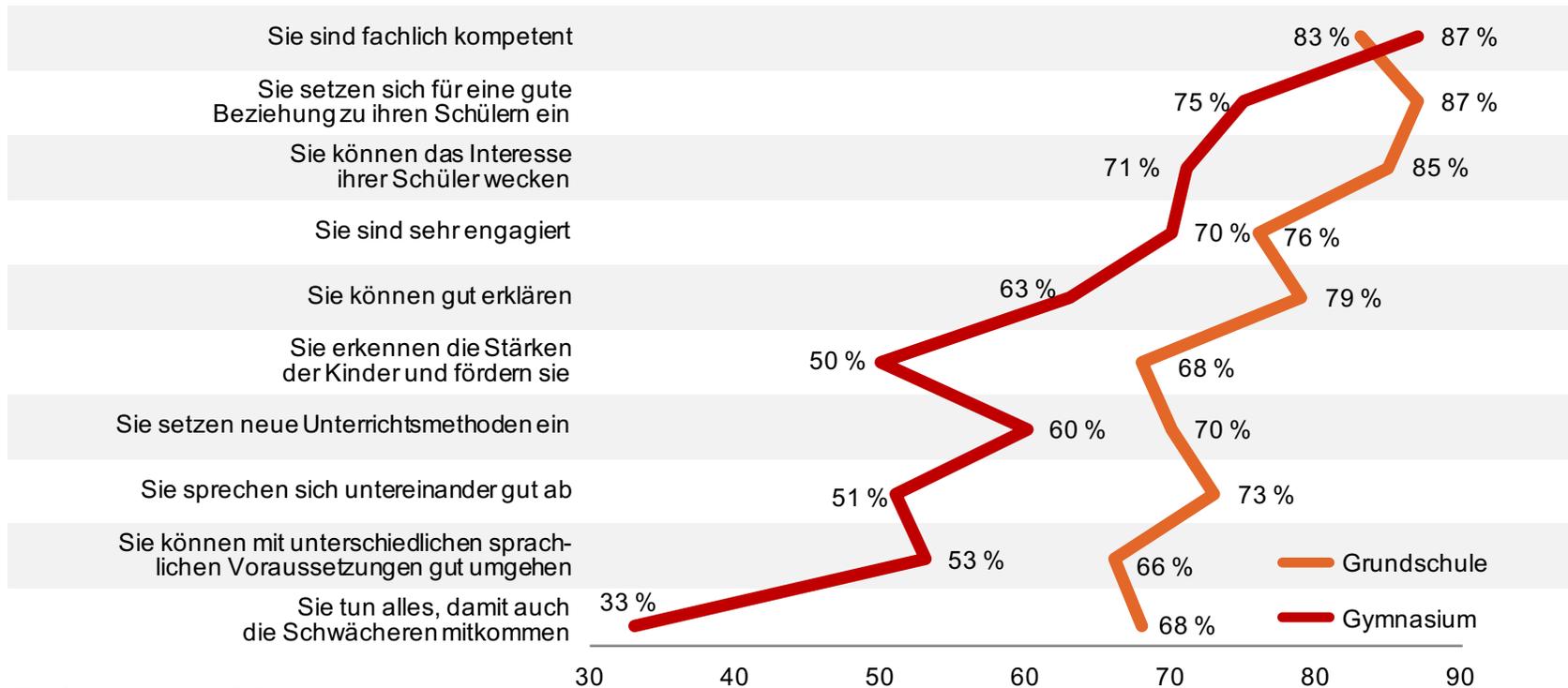
**Mehrfachnennungen möglich.**

Frage: Welche Aussagen beschreiben Ihrer Meinung nach überwiegend die Lehrer Ihres ältesten schulpflichtigen Kindes?

Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

# Eigenschaften der Lehrer II

Grundschullehrer werden fast durchgängig besser beurteilt – besonders deutlich bei der Förderung schwächerer Schüler



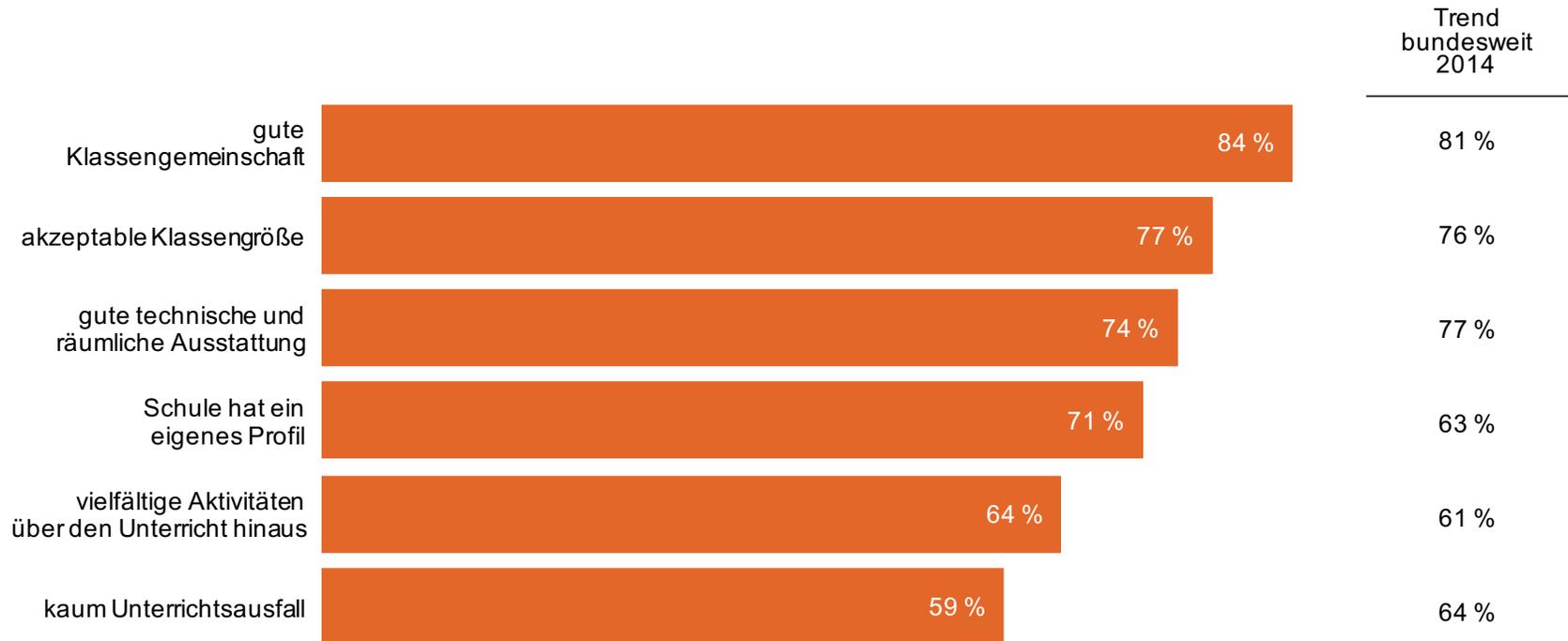
Mehrfachnennungen möglich.

Frage: Und wie beurteilen Sie die Lehr-, Lern- und Erziehungssituation in der Schule Ihres Kindes/Ihres ... Jahre alten Kindes?  
Was trifft da zu?

Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

# Lehr-, Lern- und Erziehungssituation in der Schule

Klassengemeinschaft, Klassengröße sowie Ausstattung am häufigsten positiv bewertet



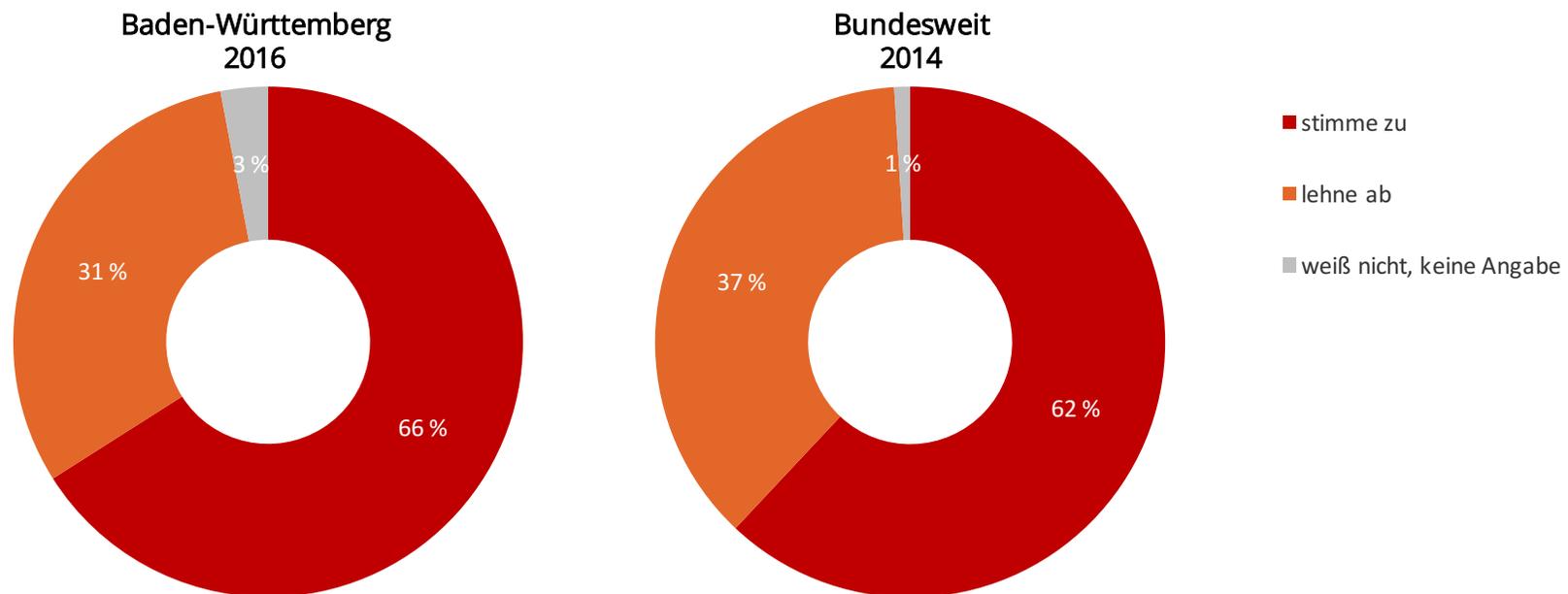
**Mehrfachnennungen möglich.**

Frage: Und wie beurteilen Sie die Lehr-, Lern- und Erziehungssituation in der Schule Ihres ältesten schulpflichtigen Kindes?  
Was trifft da zu?

Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

# Übernahme von Aufgaben der Schule durch Eltern

Ähnliches Meinungsbild wie in der bundesweiten Befragung 2014 – zwei Drittel finden, dass Eltern vieles von dem leisten, was eigentlich Aufgabe der Schule ist

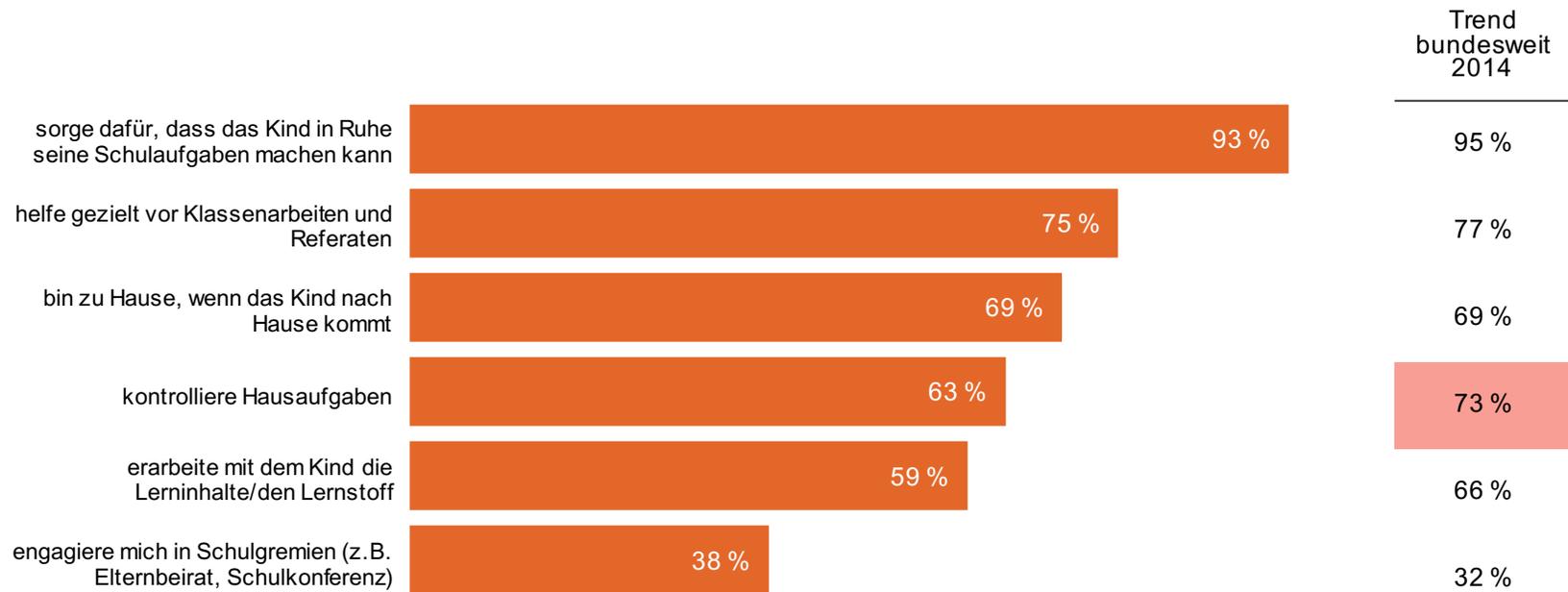


Frage: Stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder lehnen Sie diese ab? „Eltern müssen vieles von dem leisten, was eigentlich Aufgabe der Schule ist.“

Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

# Unterstützungsleistungen der Eltern

Fast alle Eltern sorgen für Ruhe bei Schulaufgaben – Kontrolle von Hausaufgaben seltener als bundesweit (2014)



## Mehrfachnennungen möglich

Frage: Was von dem Folgenden tun Sie im Zusammenhang mit dem Schulbesuch Ihres ältesten schulpflichtigen Kindes?

Basis: 500 Befragte Baden-Württemberg // 3.001 Befragte bundesweit

## Schulpolitische Konsequenzen des Regierungswechsels in Baden-Württemberg

Klaus-Peter Schöppner  
*Mentefactum GmbH*

Kein politischer Aufgabenbereich hat bundesweit seit 2015 so an Bedeutung zugenommen wie die Flüchtlingspolitik: Von Rang zehn ging es innerhalb weniger Monate auf Platz zwei. Doch die Bildungspolitik bleibt trotz aller Flüchtlingsbrisanz Thema Nummer eins: bundesweit und in Baden-Württemberg. Keine Überraschung also, dass „Bildungspolitik“ gerade bei einem Wandel von einer schwarzen zu einer grünen Landesregierung unter besonderer Beobachtung steht. Vor allem im Vorfeld von Wahlen! Denn für 94 Prozent der Elternschaft im „Ländle“ ist die Bildungspolitik für die Wahlentscheidung „wichtig“.

Und gut: Fast zwei Drittel (62 Prozent) halten Baden-Württemberg in diesem Politikfeld (den meisten) anderen Bundesländern gegenüber für überlegen. Vorteil für Grün-Rot? Auf den ersten Blick ja, allerdings mit Fragezeichen: Denn immer schon bildeten Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen die deutsche Bildungsvorhut. Klar ist damit zumindest, dass dieser Vorsprung von den Eltern auch unter der neuen Regierungskonstellation keinen Schaden genommen hat.

Zumindest bislang! Denn für die Zukunft befürchten viele Eltern in Baden-Württemberg, dass die ‚gute‘ Bildungspolitik Schaden nehmen könnte: Eine deutliche Mehrheit sieht nämlich einen Qualitätsabfall der grün-roten Bildungspolitik im Vergleich zur Vorgängerregierung: Die damals von der CDU geführte war ‚besser‘ antworten 46 Prozent, ‚schlechter‘ nur 26 Prozent. Allerdings kann jedes vierte Elternteil über mögliche Veränderungen keine Aussage treffen.

Gänzlich unbekannt ist dagegen Andreas Stoch von der SPD, der für die Bildungspolitik verantwortliche Minister. Lediglich jedes achte befragte Elternteil konnte ihn als Bildungsminister angeben. Was einerseits heißt, dass sich Stoch noch nicht als Aushängeschild der Landesregierung profilieren konnte. Andererseits scheint er mit seiner Politik im wichtigsten Regierungsbereich auch nicht zu stark zu polarisieren. Die Bildungspolitik ist also kein auffälliges „Streitthema“. Allerdings ist Stoch zugute zu halten, dass er erst seit 2013 im Amt ist.

*Jako-o GmbH  
Kindersachen mit Köpfchen!  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach*

*Presse-Kontakt:  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de*

## Mehr Unterstützung als Gegenwind für grün-rote Bildungspolitik aus Elternsicht

Prof. em. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann  
*Fakultät für Erziehungswissenschaft, Universität Bielefeld*

### Zustimmung und Ablehnung zu einzelnen Reformmaßnahmen

#### Lehrerstellen für die Betreuung von Flüchtlingskindern

Der große Zustrom von Flüchtlingen stellt auch die Schulen vor schwierige Aufgaben. Der SPIEGEL (8/2016, S. 61) spricht von 325.000 Flüchtlingskindern, die nach Schätzung der Kultusministerkonferenz (KMK) in den beiden letzten Jahren an deutschen Schulen aufgenommen wurden. Genauere amtliche Zahlen, gar länderspezifische, liegen uns nicht vor. Unstrittig ist, dass auch das Land Baden-Württemberg hier vor großen Aufgaben steht. Die Landesregierung hat darauf reagiert und, statt Stellenstreichungen, 713 neue Lehrerstellen geschaffen, um die Integration von Flüchtlingen an Schulen zu verbessern. Wir haben die Eltern gefragt, was sie von dieser Maßnahme halten. 78 % der Eltern befürworten sie; 20 % sprechen sich dagegen aus. Eltern mit Abitur sprechen sich wesentlich stärker (87 %) für diese Maßnahme aus als Eltern mit Hauptschulabschluss (70 %). Die übergroße Mehrheit (66 %) hält diese Maßnahme aber für nicht ausreichend, fordert also implizit zusätzliche Anstrengungen.

#### Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

In den meisten Bundesländern – so auch in Baden-Württemberg – endet die Grundschule nach der 4. Klasse. Ob das Kind ein Gymnasium oder eine Realschule besuchen darf, hängt in etlichen Bundesländern (z. B. in Bayern, Brandenburg, Sachsen) von den Empfehlungen der Grundschulen ab. Ein bestimmtes Notenbild in der 4. Klasse ist erforderlich, um in Gymnasium oder Realschule eintreten zu können. Die grün-rote Landesregierung hat diese **verbindliche Grundschulempfehlung** für Baden-Württemberg abgeschafft. Die Grundschule erstellt zwar auch weiterhin eine Empfehlung, aber die Eltern sind daran nicht mehr gebunden: Sie bestimmen, welche Schulform ihr Kind ab der 5. Klasse besucht. Damit wurde in Baden-Württemberg das eingeführt, was man den „freien Elternwillen“ nennt: Eine Regelung, die seit vielen Jahren in fast allen westdeutschen Bundesländern (z. B. in Hamburg, Niedersachsen, NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz) gilt.

Allerdings zeigt die bisherige Forschung (aus anderen Bundesländern), dass die meisten Eltern sich auch bei dieser Regelung an der Grundschulempfehlung orientieren. Aus der 1. JAKO-O Bildungsstudie (2010) ist bekannt, dass bundesweit 61 % der Eltern den „freien Elternwillen“ befürworten und nur 30 % eine verpflichtende Schullaufbahneempfehlung wünschen. Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse der baden-württembergischen Elternbefragung überraschend. Denn hier findet sich eine hohe Akzeptanz der bisherigen Praxis: 60 % sprechen sich **gegen** den Wegfall der verbindlichen Empfehlung aus, nur 37 % begrüßen die nun eingeführte freie Elternentscheidung. Diese Maßnahme der grün-roten

Jako-o GmbH  
*Kindersachen mit Köpfchen!*  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach

*Presse-Kontakt:*  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de

Landesregierung findet somit bei den Eltern keine Mehrheit, obwohl sie doch den Eltern mehr Rechte gibt. Die Ablehnung findet sich vor allem bei den Eltern, deren Kinder bereits ein Gymnasium besuchen (73 %), während sich bei den Grundschulleitern Befürworter und Ablehner in etwa die Waage halten.

### **Ausbau der Ganztagschulen**

Das deutsche Schulwesen ist traditionell ein Halbtagschulsystem. Erst der „PISA-Schock“ des Jahres 2001 hat hier Bewegung gebracht. Seitdem errichten alle Bundesländer zunehmend mehr Ganztagschulen, allerdings erfolgt dieser Ausbau in sehr unterschiedlicher Geschwindigkeit. Von der KMK veröffentlichte Zahlen zeigen, dass sich Baden-Württemberg im Ländervergleich am unteren Ende bewegt: Nur knapp 20 % aller Schüler/innen der Klassen 1 bis 10 besuchen eine Ganztagschule (zum Vergleich: NRW 41 %, Berlin 65 %), 80% gehen auf eine Halbtagschule. Der Ausbau der Ganztagschulen ist unter der alten Regierung eher verhalten vorangetrieben worden – so stieg der Schüleranteil zwischen 2009 und 2012 um jeweils etwa 1,5 Prozentpunkte pro Jahr (KMK). Die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg hat angekündigt, diesen Ausbau zu forcieren.

Um den tatsächlichen Bedarf an Ganztagschulen zu ermitteln, haben wir die Eltern gefragt, welche Schule sie sich für ihr Kind wünschen: Nur 36 % der baden-württembergischen Eltern möchten ihr Kind auf eine Halbtagschule schicken, 64 % wünschen sich für ihr Kind eine Ganztagschule. Heißt: Die Ganztagschule trifft bei den Eltern auf breite Zustimmung. Vergleicht man dies mit dem gegenwärtigen Versorgungsstand (siehe oben), ergibt sich in Baden-Württemberg eine Versorgungslücke von 44 %. Die allermeisten Eltern, die sich einen Ganztagsplatz für ihr Kind wünschen, bekommen keinen.

Bei den Eltern findet die offene Ganztagschule mit freiwilligen Nachmittagsangeboten eine höhere Zustimmung (37 %) als die gebundene Ganztagschule mit verpflichtenden Angeboten (27 %). Die Zustimmung zu Ganztagschulen findet sich in allen Bevölkerungsgruppen, sie ist aber besonders stark bei alleinerziehenden Eltern (75 %) und bei Eltern mit Abitur (71 %).

Angesichts der Bedarfs- und Versorgungslage ist es nicht verwunderlich, dass 71 % der befragten Eltern die Ausweitung des Ganztagsangebots für „sehr richtig“ oder „eher richtig“ halten, nur 27 % halten dies für falsch. Kurz: Eine überwältigende Mehrheit der Eltern unterstützt die bildungspolitische Absicht, die Zahl der Ganztagschulen kräftig auszuweiten. Diese Absicht wird von Frauen (74 %) deutlich stärker unterstützt als von Männern (65 %), von Eltern mit Abitur (79 %) deutlich stärker als von Eltern mit Hauptschulabschluss (65 %).

### **Die Einführung der Gemeinschaftsschule**

Das umstrittenste bildungspolitische Thema im Wahlkampf ist die Einführung der Gemeinschaftsschule – einer Schulform, die in integrierten Lerngruppen die Kinder (je nach Leistungsvermögen) zu einem Hauptschul-, einem Realschul- oder einem Abiturabschluss führen soll. Inzwischen gibt es 271 Gemeinschaftsschulen im Lande, weitere 28 wurden jüngst genehmigt. Vor diesem Hintergrund ist es besonders

interessant zu wissen, wie die baden-württembergischen Eltern zu dieser politisch umstrittenen Schulform stehen: Die Ergebnisse zeigen, dass das Konzept der Gemeinschaftsschule bei den Eltern auf ein gespaltenes, aber mehrheitlich befürwortendes Echo stößt: 57 % finden dies „richtig“ (26 % „sehr richtig“, 31 % „eher richtig“). Auf der anderen Seite finden sich 42 % der Eltern, die dieses Konzept als „falsch“ ablehnen. Nun kann es nicht verwundern, dass sich der bildungspolitische Streit auch in den Elternmeinungen abbildet. Bedeutsam erscheint jedoch, dass sich die Mehrheit der Eltern nicht als Gegner, sondern als Befürworter der Gemeinschaftsschule artikuliert. Dabei hängen die Befürwortung und die Ablehnung deutlich mit den sozialen Positionen der Befragten zusammen: Die höchste Zustimmung findet die Gemeinschaftsschule bei den Eltern aus Hauptschulen/Werkrealschulen/Förderschulen (80 %), bei Alleinerziehenden (68 %) und bei Migranten (63 %). Überwiegend Zustimmung gibt es auch bei den Grundschul- und den Realschuleltern (56 bzw. 57 %). Auf deutliche Ablehnung stößt die Gemeinschaftsschule hingegen bei den Gymnasialeltern (59 % dagegen, 38 % dafür).

### **Gemeinsame Beschulung und Inklusion**

Es gibt in Deutschland eine lange Tradition, Kinder mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in gesonderten Einrichtungen zu beschulen, die als „Sonderschulen“ oder „Förderschulen“ bezeichnet werden. Seit mehr als dreißig Jahren wird unter Pädagogen und Eltern die Frage diskutiert, ob solche Kinder nicht besser gefördert würden, wenn man sie in der Regelschule beließe und dort besonders unterstützen würde. Diese Diskussion hat in allen Bundesländern zu Modellversuchen mit „integrativem Unterricht“ vor allem bei Schüler/innen mit Lernschwierigkeiten geführt. Eine neue Situation ist hier 2009 eingetreten, weil die Bundesrepublik die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert hat. Dies verbietet die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen und verlangt auch im Bildungssystem den vollständigen Einbezug (Inklusion) in Regelschulen. Seit 2009 sind nun alle Bundesländer gefordert, in ihrem Schulsystem diesen Inklusionsanspruch schrittweise zu realisieren.

Für Baden-Württemberg lässt sich die Ausgangssituation für die Jahre 2012/13 wie folgt skizzieren: 7,0 % aller Schüler/innen im allgemeinbildenden Schulsystem gelten als solche, die einen „besonderen Förderbedarf“ aufweisen. Von ihnen werden mehr als zwei Drittel in gesonderten Einrichtungen (Förderschulen etc.) unterrichtet, ein knappes Drittel wird in Regelschulen gemeinsam mit nicht-behinderten Kindern beschult (Quelle: KMK/Bertelsmann-Stiftung 2014).

Die Ergebnisse der JAKO-O Bildungsstudie regional zeigen, dass die Eltern in Baden-Württemberg einer gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht-behinderten Kindern überwiegend positiv gegenüberstehen. Dies gilt insbesondere für Kinder mit körperlichen Behinderungen (86 %) und mit Lernschwierigkeiten (72 %). Hier finden wir in allen Elterngruppen eine große Mehrheit, die sich für einen inklusiven Unterricht ausspricht. Demgegenüber ist bei Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten (44 %) und geistigen Behinderungen (44 %) das Votum der Eltern gespalten: Jeweils etwa die Hälfte der Eltern spricht sich für bzw. gegen eine gemeinsame Beschulung aus. Das bedeutet, dass bei weiteren Schritten zur Inklusion gerade hier noch Überzeugungsarbeit zu leisten

ist. Die bundesweite 3. JAKO-O Bildungsstudie (2014) kam im Übrigen zu fast genau den gleichen Ergebnissen. Die baden-württembergischen Eltern nehmen mit ihrer Sichtweise somit keine Sonderstellung ein.

### **Abschaffung der Sonderschulpflicht**

Wenn bei Kindern ein „sonderpädagogischer Förderbedarf“ festgestellt wurde, konnte die Schulverwaltung das Kind bisher auf eine Sonderschule schicken. Die grün-rote Landesregierung hat diese „Sonderschulpflicht“ abgeschafft. Jetzt können die Eltern – nach Beratung mit dem Schulamt – entscheiden, ob ihr Kind in einer Regelschule unterrichtet werden soll. Die Landesregierung versteht dies als einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Inklusion.

Insgesamt 66 % unterstützen laut JAKO-O Bildungsstudie regional Baden-Württemberg das Elternrecht auf Wahl einer Regelschule, 31 % halten dies nicht für sinnvoll. Diese Maßnahme wird in allen Elterngruppen (Sozialschicht, Schulform) mehrheitlich unterstützt, besonders stark ausgeprägt ist diese Unterstützung bei Grundschuleltern (74 %) und bei den Eltern aus Hauptschule/Werkrealschule/Förderschule (68 %). Insgesamt lässt sich somit sagen, dass bei der großen Mehrheit der Eltern dieser weitere Schritt hin zur Inklusion auf Zustimmung stößt.

## **Die Elternsicht auf die baden-württembergische Schule**

In diesem Teil geht es nicht um konkrete schulpolitische Maßnahmen, sondern um die Alltagserfahrungen von Eltern: Wie geht es ihrem Kind in der Schule? Wie erleben sie selbst die Schule und die Lehrer/innen?

### **Chancengleichheit im Bildungssystem**

Die Hälfte der Befragten hält das Bildungssystem in Baden-Württemberg für gerechter als das in anderen Bundesländern. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Elterngruppen: Von den Migranten halten es nur 39 % für gerechter, von den Alleinerziehenden nur 43 %. Bei den Realschuleltern liegt der Wert hingegen bei 58 %. Auffällig ist hier die große Zahl der „Weiß-nicht“-Antworten: Über ein Drittel der Befragten traut sich ein solches vergleichendes Urteil nicht zu.

### **Wie gern geht das Kind zur Schule?**

Wir haben die Eltern nach ihrer Einschätzung gefragt: Wie gern geht Ihr Kind zur Schule? Das Ergebnis ist überwältigend positiv: 82 % der Kinder gehen nach Meinung der Eltern gern zur Schule, in der Grundschule sind es sogar 90 %. Eher ungern gehen 15 % zur Schule. Auffällig ist hier allerdings der Wert für das Gymnasium: Nach Aussage der Eltern gehen 21 % der Gymnasiasten ungern zur Schule (Grundschüler: 6 %). Dieser Gymnasialwert liegt auch deutlich über dem Wert, den wir in der 3. JAKO-O Bildungsstudie (2014) für Gymnasien bundesweit ermittelt haben (13 % ungern).

### **Eigenschaften der Lehrer/innen**

Uns interessieren die Erfahrungen, die die baden-württembergischen Eltern mit den Lehrern ihrer Kinder gemacht haben. Dazu haben wir sie gebeten, die Fähigkeiten und Eigenschaften der Lehrkräfte in zehn Dimensionen einzuschätzen. Insgesamt erteilen die baden-württembergischen Eltern den Lehrer/innen ein gutes Zeugnis: Sie sind fachlich kompetent (85 %), setzen sich für gute Beziehungen zu den Schülern ein (83 %), können deren Interesse wecken (80 %) , sind engagiert (75 %) und können gut erklären (74 %). Etwa die gleiche positive Bewertung haben 2014 die Lehrkräfte bundesweit erhalten. Allerdings gibt es auch Eigenschaften, die die Eltern nur zurückhaltend positiv bewerten: Nur 57 % der Eltern sind der Meinung, dass die Lehrer „alles tun, damit auch die Schwächeren mitkommen“. Und nur 58 % der Eltern können erkennen, dass Lehrkräfte „mit unterschiedlichen sprachlichen Voraussetzungen gut umgehen“ können. Auffällig sind bei den Bewertungen die erheblichen Unterschiede, die die Eltern bei der Bewertung von Grundschullehrer/innen und Gymnasiallehrer/innen machen. Diese finden sich bei der Fähigkeit „gut erklären können“ (GS: 79 %, GY: 63 %) genauso wie bei der Lehrerkooperation „sprechen sich untereinander ab“, GS: 73 %, GY: 51 %). Am auffälligsten ist dieser Unterschied bei der Förderung schwächerer Schüler/innen: Dass die Lehrkräfte „alles tun, damit auch die Schwächeren mitkommen“, wird von 68 % der Grundschullehrer/innen, aber nur von 33 % der Gymnasialeltern bestätigt. Kurz: Grundschullehrer/innen erhalten von den Eltern nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch bundesweit die besten Noten.

### **Lehr-, Lern- und Erziehungssituation in der Schule**

Um die Alltagserfahrungen der Eltern zu ermitteln, haben wir nicht nur nach den Lehrerkompetenzen, sondern auch nach Rahmenbedingungen und Arbeitssituationen in den Schulen gefragt und dabei sechs Merkmale in den Blick genommen. Die Ergebnisse zeigen, dass die schulische Situation von den Eltern überwiegend positiv eingeschätzt wird, dass dabei aber auch auf problematische Aspekte verwiesen wird.

Durchgängig positiv wird die gute Klassengemeinschaft (84 %) eingeschätzt, ähnlich positiv auch die „akzeptable Klassengröße“ (77 %). Allerdings machen hier die Gymnasialeltern mit nur 67 % Zustimmung gewisse Abstriche. Bei der generellen Positivbewertung der Ausstattung (74%) finden sich die Abstriche bei der Grundschule (65 %). Die geringste Zustimmung erhält das Item „kaum Unterrichtsausfall“ mit 59 %, bei Gymnasialeltern sind es sogar nur 42 %. Dies deutet darauf hin, dass aus der Sicht der Eltern der Unterrichtsausfall nach wie vor ein gravierendes Problem ist.

### **Unterstützungsleistungen der Eltern**

Soll das Kind in der Schule erfolgreich sein, so bedarf es der intensiven häuslichen Unterstützung. Das ist die alltägliche Erfahrung, die Eltern immer wieder machen. Dem Statement „Eltern müssen vieles von dem leisten, was eigentlich Aufgabe der Schule ist“ stimmen 66 % der Eltern in Baden-Württemberg zu, nur 31 % lehnen es ab. Dieser Zustimmungswert liegt noch oberhalb des bundesweiten Werts von 62 %. Das bedeutet: Die große Mehrheit der Eltern fühlt sich von der Schule in unangemessener Weise in Anspruch genommen.

Um welche Aktivitäten es sich dabei handelt, haben wir mit einer weiteren Frage ermittelt: 93 % der Eltern sorgen dafür, dass ihr Kind in Ruhe Hausaufgaben machen kann, und 69 % (bei den Grundschulleitern 77 %) sind zu Hause, wenn das Kind aus der Schule kommt. Doch nicht nur diese Fürsorge, auch die unmittelbare Lernhilfe ist weit verbreitet: 63 % der Eltern (Grundschule: 87 %) kontrollieren die Hausaufgaben, 75 % helfen vor Klassenarbeiten und Referaten und 59 % (Grundschule: 75 %) erarbeiten mit dem Kind den Lernstoff. Kurz: Der allergrößte Teil der Eltern ist kontinuierlich als häusliche Lehrkraft tätig. Der Vergleich mit den bundesweiten Daten 2014 zeigt hier große Übereinstimmungen. Diese Form der elterlichen Belastung ist offensichtlich in allen Bundesländern „normal“.

## Wie denken Eltern über unser Bildungssystem? – Von der Heuristik zur Empirie

Dr. Carsten T. Rees  
*Landeselternbeirat Baden-Württemberg*

Viele Menschen glauben ganz genau zu wissen, was Eltern über unser Bildungssystem denken. Gerade in Wahlkampfzeiten sind es wirklich viele. Denn jeder Bildungspolitiker gibt ja zumindest an, dass der Elternwille eine wichtige Leitschnur für sein politisches Handeln ist. Wie aber kommen dann so viele grundverschiedene Richtungen der Bildungspolitik zustande, wenn doch immer der eine Elternwille dahintersteht? Oder ist die Elternschaft in ihren Meinungen zu bildungspolitischen Themen etwa zerrissen und uneins?

Das Wissen mancher Bildungspolitiker über die Haltung der Eltern ist oft eine Mischung aus von Eltern Gehörtem (meist natürlich von Eltern der eigenen Couleur) und aus durch die eigene politische Haltung vorgeprägten Positionen zu unserem Bildungssystem. Wen wundert es dann, wenn es so viele divergente Deutungen des Elternwillens gibt? Aber ist der Weg zur Kenntnis des Elternwillens wirklich so kompliziert und gleicht er in so hohem Maße der Befragung eines antiken Orakels?

Schon der „kleine Weg“ zur Kenntnis der Elternhaltung ist nicht ganz ohne Arbeit zu gehen. Diesen Weg beschreiten wir Elternvertreter/innen ständig. Der Weg heißt: Austausch, Gespräch, Austausch und nochmal Gespräch. Und das ist zweifelsfrei einer der spannendsten Aspekte unserer Arbeit als Elternvertreter. Dabei bekommt man nämlich nicht nur die Stimmung unter den Eltern ganz gut mit, man erhält auch sehr viele gute Ideen für seine Arbeit.

Aber natürlich bleibt ein Wermutstropfen: In den Austausch mit uns treten vornehmlich die engagierten und über unser Bildungssystem sehr gut informierten Eltern und Elternvertreter. Wir können nicht sicher sein, dass unsere Erkenntnisse repräsentativ sind. Was also tun?

Der „große Weg“ zur Kenntnis der Elternhaltung wäre natürlich eine groß angelegte repräsentative Studie – am besten mit regelmäßigen Wiederholungen, um auch Entwicklungen und Trends erkennen zu können. Aber solche Studien sind sehr arbeitsaufwändig und nicht eben billig. Kein Wunder also, dass wir die JAKO-O Bildungsstudie aus ganzen Herzen begrüßen und immer wieder mit Spannung erwarten. Hier erhalten wir belastbare empirische Daten für den politischen Dialog. Diese Daten sind eine wichtige Basis, auf der man gemeinsam mit den Bildungspolitikern, die genauso wie die Elternvertreter genau auf diese Zahlen schauen, analysieren und diskutieren kann, was diese Zahlen bedeuten.

Jako-o GmbH  
*Kindersachen mit Köpfchen!*  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach

*Presse-Kontakt:*  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de

Denn es gibt Fragestellungen innerhalb der Studie, aus denen sich politische Handlungswünsche der Elternschaft und Bewertungen politischen Handelns durch die Elternschaft relativ direkt ablesen lassen. Nehmen wir hier als Beispiel die Frage „Zu Beginn des neuen Schuljahres sind in Baden-Württemberg, anstatt wie geplant Stellen zu streichen, 713 neue Lehrerstellen geschaffen worden. Sie sollen zur Integration von Flüchtlingskindern eingesetzt werden. Das finde ich ...“ Hier kreuzten im Durchschnitt 78 % die Top-Two („sehr richtig“, „eher richtig“) an – eine klare Ansage. Bei genauer Betrachtung sieht man an dem Beispiel aber auch, dass die Daten nicht nur Fragen beantworten, sondern auch Fragen aufwerfen: Warum sinkt die Zustimmung zu der Maßnahme bei Migrationshintergrund der Eltern? Warum fällt die Antwort im Regierungsbezirk Karlsruhe so anders aus als in den anderen Regierungsbezirken?

Tauchen bei diesem Punkt die Fragen auf, wenn man in die Tiefe geht, so gibt es auch Punkte, bei denen schon die Antworten auf den ersten Blick eine Reihe von Fragen aufwerfen und man ohne einiges Nachdenken und tiefere Analyse nicht wirklich weiterkommt. Lassen Sie uns hierzu einen Blick auf folgende Frage werfen: „Gegenwärtig wird intensiv diskutiert, dass alle Kinder – auch die mit Behinderungen und Beeinträchtigungen – gemeinsam in einer Klasse lernen sollen. Wir würden gerne von Ihnen wissen: Mit welchen Kindern sollen nicht-behinderte Kinder in der Schule lernen?“ Hier erkennen wir die größte Akzeptanz für ein inklusives Setting für Kinder mit körperlicher Behinderung, die geringste Akzeptanz für Kinder mit geistiger Behinderung. Bei der Frage nach der Abschaffung der Sonderschulpflicht sind dann immerhin zwei Drittel der Befragten für diese Abschaffung. Wie passen diese Werte zusammen? Nun, schon die Akzeptanz der Inklusion geistig behinderter Kinder liegt im Schnitt bei 44 %. Das ist eine gute Ausgangssituation. Denn Unsicherheiten und Ängste treten häufig im Kontakt mit dem Anderen auf.

Hier bietet die Studie einen guten Ausgangspunkt für weitergehende Fragen. Wie beantworten Eltern diese Frage, wenn sie den Unterschied zwischen ziel-gleichem und ziel-differentem Unterricht kennen? Wie beantworten Eltern diese Frage, wenn sie an der Schule und in der Klasse ihrer Kinder bereits Erfahrungen mit inklusiven Settings gemacht haben? Studien, die hierzu existieren, weisen auf eine größere Akzeptanz durch Eltern hin, die besser informiert sind und bereits Erfahrungen gemacht haben. Aber auch das ist ein wertvolles Ergebnis einer Studie: neue Fragen zur Präzisierung und zum besseren Verständnis zu identifizieren.

Zwei Beispiele – und das wirklich Besondere der aktuellen Studie habe ich bisher nur am Rande angedeutet. Die Zahlen, die ich hier diskutiert habe, liegen uns für Baden-Württemberg vor. Das ist wirklich ambitioniert, dass man repräsentative Zahlen nicht nur bundesweit, sondern für ein einzelnes Bundesland erhebt. Keine Frage, dass ich die Wahl des ersten Bundeslandes, das man so genau betrachtet, für ausgesprochen gelungen halte!

29. Februar 2016

## GEW-Stellungnahme zur JAKO-O Bildungsstudie BW

### Bildungsreformen fortsetzen – Bedingungen verbessern

Stuttgart – „Reformen fortsetzen, Bedingungen in den Schulen verbessern, keine Lehrerstellen streichen“ lautet nach Ansicht der Bildungsgewerkschaft GEW das Fazit der JAKO-O Bildungsstudie Baden-Württemberg.

„Es ist überraschend, wie eindeutig die Eltern Reformen wie den Ausbau der Ganztagschulen und die Inklusion begrüßen. Selbst die noch wenig bekannte Arbeit an den knapp 300 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg stößt bei einer Mehrheit auf Zustimmung. Das zeigt, wie erleichtert die Eltern über die Auflösung des Reformstaus im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends sind. Gleichzeitig ist es ein Auftrag an die neue Landesregierung, nach den Wahlen am 13. März weiter in Bildung zu investieren. Für eine Streichung von Lehrerstellen sehe ich in der nächsten Wahlperiode keinen Spielraum“, sagte in Stuttgart Doro Moritz, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Die GEW ist mit über 50.000 Mitglieder die größte bildungspolitische Interessenvertretung in Baden-Württemberg und der Landesverband im Südwesten ist der größte der 16 Bundesländer.

Die GEW zeigt sich erfreut, dass fast 80 Prozent der Eltern die zusätzlichen Lehrerstellen für Flüchtlingskinder begrüßen und dass über die Schulen und die Lehrkräfte ein überwiegend positives Urteil gefällt wird. Deutlich werden auch bei allen Fragen, dass die knapp 4 Millionen Väter und Mütter von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen mehr Investitionen für die Bildung wollen.

Trotz des Wunsches der befragten Eltern, das Abitur erst nach 13 Jahren erreichen zu müssen, sieht die GEW keine Notwendigkeit für die Schaffung weiterer G9-Gymnasien. Den Plan von CDU und FDP, Wahlfreiheit zwischen dem acht- und neunjährigen Gymnasium anzubieten, nennt die GEW eine „bildungspolitische Sackgasse“ mit unüberschaubaren finanziellen Mehrbelastungen. „Ein vermeintlich leichteres Erreichen des Abiturs würde die Leistungsbandbreite am Gymnasium verstärken. Es würde außerdem die Realschulen, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Gymnasien schwächen, weil es ihnen die starken Schülerinnen und Schüler wegnimmt. Die Weiterentwicklung des G8 ist konsequent und die beste Unterstützung der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler. Mit den großen Gemeinschaftsschulen und den Beruflichen Gymnasien haben im Südwesten die Eltern und deren Kinder bereits eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9“, sagte Moritz.

Weitere Informationen: [www.gew-bw.de](http://www.gew-bw.de)



22.02.2016

## **Kommentar zur JAKO-O Bildungsstudie regional in Baden-Württemberg**

Die JAKO-O Bildungsstudie belegt und untermauert durch ihre Umfrageergebnisse die enorme Bedeutung von Bildung in Baden-Württemberg. Kein anderer politischer Themenbereich findet in der Bevölkerung eine solche Beachtung. Bildungspolitik in Baden-Württemberg stehen somit unter verstärkter Beobachtung. Wie stellt sich Bildungspolitik zur Flüchtlingsthematik? Wie stellt sich Bildungspolitik zur Inklusion? Wie stellt sich Bildungspolitik zu Ganztagesangeboten und wie zur Gemeinschaftsschule oder dem acht- beziehungsweise neunjährigen Gymnasium?

Politiker müssen auf diese Fragen kluge Antworten geben können, denn die JAKO-O Bildungsstudie zeigt deutlich, dass den Eltern in Baden-Württemberg genau diese Fragen unter den Nägeln brennen. Eines haben die von der JAKO-O Bildungsstudie ermittelten Schwerpunkte gemeinsam: Wenn es gelingen soll, dann kostet es Geld. Der ewige Hinweis auf die Kostenneutralität von Maßnahmen mag für Haushälter beruhigend klingen, eine gute Bildung erreicht man damit nicht – nicht, wenn die Herausforderungen in einem Ausmaß zugenommen haben, das uns den Atem raubt. Allein die Umsetzung der bildungspolitischen Vorgaben der Landesregierung fordert von den Lehrerinnen und Lehrern viel. In kürzester Zeit sahen sie sich nicht nur mit dem Umbau eines Schulsystems konfrontiert, sondern auch mit der Umsetzung vieler Einzelmaßnahmen. Zu dieser Gemengelage kommen nun die Anforderungen, die die Integration der Flüchtlingskinder an uns stellt, hinzu. Wir brauchen deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer, um den aktuellen und zukünftigen Aufgaben gerecht werden zu können. Die JAKO-O Bildungsstudie unterstützt diesen Anspruch und zeigt ein klares Votum der befragten Eltern auf: 78 Prozent aller Befragten finden es richtig, dass allein zur Integration der Flüchtlingskinder 713 neue Lehrerstellen geschaffen wurden. Und zwei Drittel glauben, dass diese Einstellungen nicht ausreichen werden, um den zukünftigen Anforderungen gerecht werden zu können. Das ist ein deutliches Signal an die Politik, die Gelingensbedingungen für Bildung in Baden-Württemberg den gestiegenen Anforderungen anzupassen. Das ist vor allem ein deutliches Signal an das Finanzministerium, denn Bildung kann nur so gut sein, wie es das Finanzministerium zulässt.

Der Ausbau von Ganztagsangeboten ist eine gesellschaftliche Forderung. Und der VBE sagt hier sehr deutlich: Wenn ein Ganztagsangebot mehr sein soll, als die Aufbewahrung von Kindern, dann wird die Landesregierung nicht umhin kommen, diese Angebote mit mehr Lehrerstunden auszustatten. Politik muss bezahlbar sein, das ist keine Frage. Politik hat aber auch die hohe Aufgabe, den Anforderungen, die die Gesellschaft an sie stellt, gerecht zu werden. Bildung ist das Kapital Baden-Württembergs - und wenn Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich bestehen möchte, dann wird kein Politiker umhinkommen, Bildung auf den ersten Platz zu stellen. Die Eltern haben das erkannt, die Politik muss folgen, diese Erkenntnisse sind aus der JAKO-O Bildungsstudie klar abzulesen.

Gerhard Brand  
Landesvorsitzender

## Klaus-Peter Schöppner

Mentefactum GmbH



Klaus-Peter Schöppner, geboren 1949, hat als Geschäftsführer von TNS Emnid (1990 – 2014) etwa 1.000 Studien für verschiedene politische Parteien, Wirtschaftsunternehmen und Verbände durchgeführt und über 600 Fachvorträge gehalten. Als ständiger Berater war Klaus-Peter Schöppner bereits für das Bundespräsidialamt, die Bundesregierung, mehrere Landesregierungen und Parteien, Wahlkampf Ausschüsse, Verbände, Unternehmen und den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) tätig. Seit Anfang 2014 ist Klaus-Peter

Schöppner neben seiner Tätigkeit als akkreditierter Berater bei TNS Emnid geschäftsführender Gesellschafter der Mentefactum GmbH.

### Biografisches

- 1968 – 1973 Studium der Psychologie, BWL und Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
- 1973 – 1975 Stipendiat des RKW, Frankfurt, im Ausbildungsprogramm „Qualifizierte Marktforscher“, Abschluss 1975  
Schirmherrin: Prof. Dr. E. Noelle-Neumann
- 1975 – 1990 EMNID-Institut, als Studienleiter, Bereichsleiter Politik- und Sozialforschung, stellvertretender Geschäftsführer
- 1990 – 2014 Geschäftsführer TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH
- seit 2014 Geschäftsführender Gesellschafter Mentefactum GmbH, Institut für Umfragen und Demoskopie-Beratung

### Universitäre Lehraufträge

- 1985 – 1994 Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Fachbereich Publizistik
- 1995 – 1999 Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Wirtschaft
- seit 2005 Universität Bielefeld, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
- seit 2005 Fachhochschule der Wirtschaft (FHDW), Paderborn

### TV-Sendungen

- bis 2004 wöchentlich n-tv-EMNID, ca. 500 Sendungen
- seit 2005 wöchentlich bei N24, bisher fast 500 Sendungen

Jako-o GmbH  
*Kindersachen mit Köpfchen!*  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach

*Presse-Kontakt:*  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de

### **Aktuelle Auszeichnungen**

- Grimme-Preis: „Online Award 2009“ als Autor des Polit-Blogs CARTA
- Ranking der Fachzeitschrift „politik & kommunikation 2009“, Nr. 2 in der Rubrik Experten/Demoskopen

### **Ausgewählte Fach- und Buchveröffentlichungen**

- „Emnid-Report“, OLZOG Verlag
- „Neue Koalition braucht das Land“ in „Volksparteien – Erfolgsmodelle für die Zukunft“, Verlag Herder
- „Dem Wald zuliebe“ in „Umweltschutz“, Spiegel-Buch, Rowohlt Verlag
- „Renaissance des Vertrauens“ in „Werte“, Bertelsmann Verlag
- „Zur Funktion von Imageanalysen“ in „Handbuch der Unternehmenskontakte“, Luchterhand
- „Werte – was die Gesellschaft zusammenhält“, Bertelsmann Verlag
- „Volksparteien-Erfolgsmodell für die Zukunft?“, Herder

### **Mitgliedschaften**

- Board der GALLUP International Association
- World Association of Public Opinion Research (WAPOR)
- Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK), Bielefeld
- Bundesausschuss „Informationen“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V. (DIHK), Berlin
- Bundesverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e. V. (BVM)
- European Society for Opinion and Marketing Research (Esomar)

## Prof. em. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann

Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld



Klaus-Jürgen Tillmann, geboren 1944, war in Bielefeld 15 Jahre als Professor für Schulpädagogik tätig und zugleich (ab 1994) Wissenschaftlicher Leiter der Laborschule. Von 2000 bis 2004 war Tillmann Vorsitzender des Fachausschusses Pädagogik der Deutschen Forschungsgemeinschaft und von 2008 bis 2010

Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.  
Als Mitglied des nationalen PISA-Konsortiums war er Co-Autor der PISA-2000-Studie.

### Erziehungswissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte

- Empirische Schul- und Sozialisationsforschung
- Schul- und Unterrichtstheorie
- Reformentwicklung im Sekundarschulwesen

### Wissenschaftliche Laufbahn

- 1966 – 1973 Studium an der Pädagogischen Hochschule Ruhr (Dortmund):  
Erziehungswissenschaft, Psychologie, Soziologie, Fachdidaktiken  
(Deutsch, Geschichte)
- 1974 Promotion zum Dr. paed. an der Pädagogischen Hochschule Ruhr  
(Dortmund)
- 1973 – 1979 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Schulentwicklungsforschung  
an der Pädagogischen Hochschule Ruhr (Dortmund)
- 1979 – 1990 Professor für Schulpädagogik an der Universität Hamburg
- 1980 – 2008 Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung
- 1991 – 1992 Gründungsdirektor des „Pädagogischen Landesinstituts Brandenburg“  
in Ludwigsfelde bei Potsdam
- 1993 – 2008 Professor für Schulpädagogik an der Universität Bielefeld,  
zugleich Wissenschaftlicher Leiter der Laborschule

Jako-o GmbH  
*Kindersachen mit Köpfchen!*  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach

*Presse-Kontakt:*  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de

- 1998 – 2004 Mitglied des nationalen Konsortiums PISA 2000
- 2000 – 2004 Vorsitzender des Fachausschusses Pädagogik der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)
- 2006 – 2010 Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE)
- 2008 – 2010 Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE)
- 2008 Eintritt in den Ruhestand
- seit 2008 Leiter des DFG-Forschungsprojekts „externe Schulberatung“ an der Universität Bielefeld

#### **Lehraufträge/Gastprofessuren**

- an den Universitäten Fribourg, Zürich, Linz, Klagenfurt, Oulu (Finnland) und Warschau

#### **Wichtigste Buchveröffentlichungen**

- Unterricht als soziales Erfahrungsfeld (Frankfurt/M. 1974)
- Sozialpädagogik in der Schule (München 1976)
- Bildung für das Jahr 2000 (Reinbek 1985, zus. mit K. Klemm und H. G. Rolff)
- Sozialisierungstheorien – eine Einführung (Reinbek 1989, 16. Aufl. 2010)
- Was ist eine gute Schule? (Hamburg 1989)
- Schulentwicklung und Lehrerarbeit (Hamburg 1995)
- Schülergewalt als Schulproblem (zus. mit G. Holtappels u. a., Weinheim 1999, 3. Aufl. 2007)
- Lehrpläne im Schulalltag (zus. mit W. Vollstädt u. a., Opladen 1999)
- PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich (zus. mit J. Baumert u. a., Opladen 2001)
- Die Laborschule im Spiegel ihrer PISA-Ergebnisse (zus. mit R. Watermann u. a., Weinheim 2005)
- PISA als bildungspolitisches Ereignis (zus. mit K. Dederich u. a., Wiesbaden 2008)

## Dr. Carsten T. Rees

Landeselternbeirat Baden-Württemberg



Carsten T. Rees, geboren 1962, leitet seit 2014 den Landeselternbeirat, der sich für die Belange von fast zwei Millionen Eltern in Baden-Württemberg einsetzt. Außerdem ist er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Gymnasialer Eltern in Freiburg und im Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation tätig. Rees ist Vater einer 15-jährigen Tochter, die ein Gymnasium mit musikalischem Schwerpunkt besucht.

### Biografisches

- 1982 – 1988 Studium der Biologie und Meeresbiologie an der Universität Freiburg und der St. Andrews University (Schottland)
- 1995 Promotion zum Dr. rer. nat. im Bereich der Neurobiologie an der Universität Freiburg
- seit 1996 Websites für Life-Science Journale

### Ehrenamtliches Engagement im Bereich Schule und Bildung

- seit 2011 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Gymnasialer Eltern in Freiburg
- seit 2012 Mitglied im medienpädagogischen Ausschuss vom Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation
- seit 2014 Vorsitzender des Landeselternbeirats in Baden-Württemberg

Jako-o GmbH  
*Kindersachen mit Köpfchen!*  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach

*Presse-Kontakt:*  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de

## Informationen zu JAKO-O

Stand: Februar 2016

### Familie mit drei Kindern

Seit 29 Jahren verkauft die Jako-o GmbH „Kindersachen mit Köpfchen“. Das Unternehmen wurde 1987 im nordbayerischen Bad Rodach gegründet und gehört neben dem Spielwarenhersteller HABA sowie dem Kindergarten- und Schulausstatter Wehrfritz zur traditionsreichen HABA-Firmenfamilie. Inhaber und geschäftsführender Gesellschafter ist der Sohn des Firmengründers, Klaus Habermaaß. Als Versandhausspezialist für Spielwaren sowie Kinderbekleidung und -möbel richtet sich JAKO-O an junge Familien mit Kindern von 0 bis 10 Jahren im In- und Ausland. Seit 2004 erschließt JAKO-O mit den Vertriebsbereichen Qiéro! und FIT-Z weitere Zielgruppen: FIT-Z wendet sich mit Mode sowie mit durchdachten Produkten für Freizeit, Sport und Schule an Jugendliche von 10 bis 16 Jahren. Qiéro! bietet ein großes Angebot an Wohlfühl-Produkten aus den Bereichen Mode, Wohnen und Lebensart für Erwachsene.

### Ausgezeichnet: Familienfreundliche Personalpolitik

Die HABA-Firmenfamilie beschäftigt etwa 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. JAKO-O engagiert sich wie alle Unternehmen der HABA-Gruppe für familienfreundliche Arbeitsbedingungen: Eine Vielzahl individueller Teilzeitregelungen sowie die Betreuung von Babys und Kleinkindern in der firmeneigenen Kinderkrippe „Luise Habermaaß“ machen es den Eltern leichter, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. „Unsere Mitarbeiter sollen sich ihren täglichen Aufgaben motiviert, mit Engagement und Freude stellen und nicht ständig mit schlechtem Gewissen herumlaufen, weil sie sich nicht um ihre Kinder kümmern können“, sagt JAKO-O Geschäftsleiterin Bettina Peetz. Mitarbeitern mit Kindern im Alter von 4 bis 12 Jahren steht in den Sommerferien eine Ferienbetreuung zu Verfügung. Für dieses familienfreundliche Engagement wird die gesamte HABA-Firmenfamilie regelmäßig mit dem Zertifikat zum Audit berufundfamilie®, einer Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, ausgezeichnet. Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit sind für JAKO-O ebenfalls wichtige Anliegen: Der Betrieb ist nach EG-Öko-Audit-Verordnung zertifiziert und bietet zahlreiche Artikel an, die den Oeko-Tex® Standard 100 erfüllen und deren gesamte Produktionskette den Richtlinien von bluesign® folgt.

### Überzeugt: Kinder sollen Kind sein dürfen

JAKO-O ist der Überzeugung, dass Kinder die Zeit und den Freiraum haben sollten, in ihrem eigenen Tempo und Rhythmus zu wachsen. Diese Überzeugung ist für JAKO-O die Basis, wie Kleidung gestaltet wird, welche Spielsachen ins Sortiment aufgenommen werden und wie sich das Unternehmen in der Familienpolitik engagiert. Unter dem Motto „Lasst Kinder einfach Kinder sein“ macht sich JAKO-O für eine kindgerechte Förderung stark. Die öffentlich kommunizierte Haltung soll Eltern darin bestärken, das Leben mit ihren Kindern zu genießen. So hat sich JAKO-O im letzten Jahr mit der großen Familien-Aktion „Das Glück liegt in den kleinen Momenten“ das Ziel gesetzt, den Blick auf die unvergleichlichen Erlebnisse zu lenken, die Kinder Eltern schenken – und so Mut zur eigenen Familie zu machen.

Jako-o GmbH  
*Kindersachen mit Köpfchen!*  
Werner-von-Siemens-Str. 23  
96476 Bad Rodach

*Presse-Kontakt:*  
Volker Clément  
Tel.: +49 (0)40 507113-40  
Fax: +49 (0)40 591845  
volker.clement@mastermedia.de